

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **MR. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 168.

Dienstag, den 16. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ueber die moderne Rechtsprechung

Schreibt unser Leipziger Bruderorgan, die „Volkszeitung“:

Unser Recht ist der Niederschlag der ökonomischen Entwicklung, unsere Gesetze sind die juristischen Formeln dieses Vorganges, unsere Rechtsprechung ist die Anwendung eben dieser Gesetze. Wer die Dinge so sieht wie sie sind, nicht durch die gefärbten Gläser des Ideologen, sondern als einer, dem die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht fremd sind, der bewerthet bürgerliches Recht und bürgerliche Judikatur nicht als etwas Ewiges, sondern als ein Gewordenes, als ein durch die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Bedingtes. Die Klassen-gegenstände spiegeln sich auch ab im Verlaufe der Rechtsgeschichte, und die Praxis des Rechts wurzelt ebenso fest in der Wirthschaftsverfassung, wie etwa die jeweilige Technik des Gewerbetreibens oder des landwirthschaftlichen Betriebes. In der bürgerlichen Gesellschaft, wo es eine besitzende und eine arbeitende Klasse giebt, die sich stetig voneinander absondern und einander bekämpfen, stehen die Rechtsideen unter dem beständigen Einfluß in enger Abhängigkeit von der bürgerlichen Weltanschauung. Die Rechtsideen aber, deren Vollstrecker und deren Wirksamkeit sind für die Volksmasse von höchster Bedeutung. Das gelehrte Richterthum, das in der Justiz den Ton angiebt, rekrutirt sich aus den Besitzenden, ist getränkt mit den Vorstellungen und Vorurtheilen dieser Gruppe, lebt und weht mit ihr von Anfang an und ist durch die Eigenart seines Bildungsganges darauf hingewiesen, an die Beständigkeit und Gültigkeit der bestehenden Zustände zu glauben.

Es wäre thöricht anzunehmen, daß der Durchschnittsrichter etwa, wenn er über Gegner seiner Klasse zu Gericht sitzt, Urtheil wider bessere Ueberzeugung fällt. Im Gegentheil! Der immer empfindlicher werdende Mangel an Einsicht in die Natur des kapitalistischen Prozesses, der in die bürgerliche Gedankenwelt gebannte Geist, der das Richterthum erfüllt, sie sind es, die die Kluft zwischen dessen Rechtsprechung und dem Rechtsbewußtsein des Volkes immer tiefer, immer weiter öffnen. Jeder neue Tage bringt neue Belege. Erkennt man, daß sich hier ein organisches Gebilde naturnothwendig aus seinem gesellschaftlichen Mittel heraus entfaltet hat, so erhellt zugleich, daß nur die grundsätzliche Kritik, die die Einzelfälle auf ein allgemeines Gesetz bringt, der Erscheinung gerecht wird, die beängstigend, verwirrend, lähmend auf das öffentliche Leben einwirkt. Je öfter die Gerichtshöfe gezwungen werden, in die politisch-sozialen Streitfragen, die die Welt bewegen, eingzugreifen, je zahlreicher die Häufel sind, die die Widersacher der heutigen Ordnung der Dinge vor dem Fünfkammergericht auszufechten haben, je stärker die Neigung wird, den sozialen Kampf in einen Strafprozeß aufzulösen, wo der öffentliche Ankläger das erste Wort und Herr Brausewetter etwa das letzte Wort spricht, um so dringlicher wird der Ruf ertönen, die Rechtsprechung sei volksthümlich umzugestalten, durch das Volk seien die Richter zu wählen, Volksgerichte hätten das Kollegium der Juristen abzulösen, Gleiche hätten über Gleiche Recht zu suchen und Recht zu finden.

Der Fall Sackse, der sich dieser Tage vor der Zwickauer Strafkammer abgespielt hat, veranschaulicht uns den Ernst der Lage mit sinnenfälliger Deutlichkeit. Hier handelt es sich um die Kritik, die der Vertreter der organisierten Grubenarbeiter Sachsens an jenem berufenen Versuche gewisser Sozialreformer von oben übe, Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen. Daß dieser „königstreue“ Vorstoß gegen die legitime Vereinigung der sächsischen Knappen, der die den neunmalweisen Staatsmännern peinliche, jedem ehrlichen Sozialpolitiker erfreuliche Bewegung zersplittern und sprengen sollte, platt zu Boden gefallen ist, platt zu Boden hat fallen müssen, wer weiß es nicht? Aber die Pflicht, die heilige Pflicht der Bergleute war es, mit aller Entschiedenheit für ihren gemeinnützigen Verband einzutreten, und das ist geschehen. Es war eine einfache Handlung der Nothwehr zu Nutz und Frommen eben des Vereinigungsrechtes, das den deutschen Arbeitern doch verfassungsmäßig gewährt ist. Möglichen, daß der schlichte Bergmann, der das aussprach, was Tausende seiner Kameraden drohen und unter Tage auf das Tiefste bewegte, in dem ehrlichen Eifer eines nur zu gut begründeten Hornes vielleicht nicht jeden Buch-

staben auf die Goldwage legte, vielleicht mit dem wackeren Ungeheuer dessen, der eine treffliche Sache verfißt, einen Faden des strafgesetlichen Spinnwebes, das die deutsche Pressfreiheit umgiebt, gar zerrissen hat. Aber ein Jahr Gefängniß für eine Entgegnung auf einen solchen Angriff, eine hohe Kerkerstrafe nicht bloß, sondern auch die sofortige Verhaftung, wie muß dies Zeichen einwirken auf die große Masse der einfachen Leute, deren Innerstes sich gegen die von unseren Rechtsgelehrten zur Kunst schon entwickelte Judikatur mit allen Fasern sträubt? Wäre ein solches Urtheil in einem Gemeinwesen möglich, wo die Pressfreiheit nicht nach der von Thadden-Triglasschen Vorschrift, die den Galgen daneben setzen will, dann doch noch besteht, etwa in England oder in der Schweiz? Es versteht sich, daß die Zwinauer Richter nach bestem Wissen geurtheilt haben. Der Richter ist ja souverän. Aber hoffentlich gilt doch nie und nirgends für ihn das Wort, das der politisch so konservative Dr. Fr. Strauß einmal ausgesprochen hat: „Von einer freien, keinem Reglement, nur dem eigenen inneren Gesetze gehorchenden Forschung hat man wohl überhaupt keinen Begriff, wenn man ein König ist.“ Bahn frei, so laute die Losung, nicht bloß für die freie Forschung, sondern überhaupt für den freien Kampf der Meinungen, der Geister!

In so kritischen Zeitläufen wie den unseren ist es nothwendig, auch nur den Schatten des Scheines einer falschen Deutung peinlich zu vermeiden. Die Verhältnisse erbittern durch die Wucht ihrer Logik das arbeitende Volk und es ist gut, die Ursachen zu neuer Verstimmung sorgsam fernzuhalten. Wächst nicht alltäglich jener Zwiespalt zwischen gelehrtem Recht und dem Rechtsbewußtsein der Millionen? Ist es nicht an der Zeit, daß die Rechtspflege in neue Bahnen einlenke?

Wenn erst einmal schwere Schäden in der Justiz sich herausgestellt haben, dann zerbröckelt unweigerlich die Autorität, dieses Palladium des bürgerlichen Staates. Die Geschichte hat es zu oft nur gezeigt, welche Früchte das Eingreifen der Machthaber in den Gang der Rechtsprechung und Justizverwaltung trägt. Aus der Vergangenheit ist zu lernen, was wir für die Zukunft weislich vermeiden sollen. Die Tudors schon, die schlauen Herrscher Englands, hatten die Sternkammer eingesetzt, jenen außerordentlichen Gerichtshof, der, aus dem Lordkanzler und königlichen Räten zusammengesetzt, über Staats- und Majestätsverbrechen urtheilte. Aber Karl I., der frevle Stuart, der seines Hauses Zusammenbruch herbeiführte, benutzte die Sternkammer erst systematisch zur Durchführung seines persönlichen Regiments von Gottes Gnaden. Was er als Recht der Krone und Pflicht der Unterthanen erklärte, mußte die Sternkammer durch ihre Rechtsprechung erzwingen, den Widerstand, der sich auf Grund des Rechtes gegen das verfassungswidrige Regime erhob, mußte sie niederwerfen und bestrafen. „Sie hat dies vermocht,“ schreibt ein Biograph des großen Oliver Cromwell, „aber zugleich bewirkt, daß die von ihr Bestrahten es empfinden, die durch die Strafe Abgeschreckten mit Händen greifen konnten, wie so völlig alles Regime in Rechtsbruch und Gewalt aufsehe und aller Gesellschaft Hohn gesprochen werde.“ Aber der König verfügte auch selbstherrlich über die ordentlichen Gerichte, er ernannte die Richter und setzte sie ab und richtete so den Ruf des Richterstandes völlig zu Grunde. Nur wenige hatten den Muth, sich zu widersetzen; sie wurden gemahregelt. Die Nation hat weniger auf die löblichen Ausnahmen gesehen, als auf die sehr unblöbliche Regel, die der König dem Richterstande auferlegte, und diese lautete: Die Gerichte haben bei ihren Entscheidungen nicht Recht zu finden, sondern den persönlichen Willen des Königs auszuführen. Und der König war ja nur der Vertreter der herrschenden Klasse, der feudalen Gewaltthronen, denen die Press- und Redefreiheit ein Dorn im Fleische war.

Alexander Leighton, ein schottischer Geistlicher, hatte in den Niederlanden, die damals eine Freistadt aller politischen und religiösen Ansichten waren, ein Buch gegen das Prälatenthum veröffentlicht. Er wurde deshalb im Februar 1630 in Haft genommen und im nächsten Jahre von der Sternkammer zu einer Buße von 10000 Pfund Sterling und lebenslänglicher Haft verurtheilt. Außerdem sei er auszuspätschen, auf den Wangen zu brandmarken, die Nase sei ihm aufzuschneiden, die Ohren seien ihm abzuschneiden. So geschah es auch mit peinlicher Genauigkeit, unter Verlängerung

der Marter. Und ein Günstling des Königs, William Laud, damals Bischof von London, dankte, auf daß der geweihte Segen nicht fehle, entblühten Hauptes und mit erhobenen Händen Gott für den gerechten Spruch!

Der Rechtsanwalt William Brynne, ein Puritaner, wurde im Jahre 1634 von der Sternkammer zu lebenslänglicher Kerkerhaft, zu einer Buße von 5000 Pfund, zum Brandmarken der Stirn und zum Abschneiden der Ohren verurtheilt, weil er ein Buch voll puritanischen Grimms gegen das Theaterwesen der Zeit geschrieben hatte und in dem Register dieser Schrift ein Kaplan Lauds vier Worte aufgestöbert hatte, die sich gegen die Königin deuten ließen. Im Kerker schrieb Brynne neue Streitschriften, die Sternkammer verurtheilte ihn nochmals zu 5000 Pfund Buße und bestimmte, daß er auch den Rest der Ohren, den ihm der Henker aus Ungeschick hatte stehen lassen, nun verlieren solle. Als Leidensgenossen hatte er einen Arzt und einen Geistlichen, die auch wegen Streitschriften verurtheilt waren.

Das Prangerstehen und die barbarische Verstümmelung der drei Opfer gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung der in die Massen gedrungnen Gegnerschaft wider das herrschende System. Und als die gewaltige Volksbewegung jener Zeit, die der Puritaner, der Mundköpfe, mit dem Absolutismus aufräumte, fiel auch durch Parlamentsspruch 1641 sein Werkzeug, die Sternkammer.

Der Genius der Zukunft läßt sich nicht durch mechanische Mittel in seinem Siegeslaufe hemmen. Wie schrieb doch über die Brandmarkung jener drei der venetianische Botschafter Augustus Correr am 17. Juli 1637 an seine Regierung: „Die Sache, die die drei vertheidigten, ist die der Puritaner. . . Je mehr der König Mittel anwendet, um die Puritaner auszumerzen, desto mächtiger und fester werden sie. Sie kümmern sich nicht um irdisch Gut, noch achten sie, wenn es gilt, ihre Lehre zu verbreiten, des Lebens. Während die Exekution vor sich ging, haben öffentlich Männer, Weiber und Kinder das Blut der Delinquenten aufgefassen und deren Strafe und Schmach unter Thränen als den vornehmsten Grad des Martyriums gepriesen. Diese Pest von Puritanerthum kann es noch sein, was den friedlichen Zustand dieses Königthums zerstört.“

So Correr 1637. Im Jahre 1640 begann der Verfassungskampf, 1649 war das Königthum gefallen, das Protektorat Cromwells und mit ihm die glänzendste Periode der neueren englischen Geschichte hub an.

Die Puritaner hatten gesiegt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

In der letzten Sitzung des Bundesrathes wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen: Der Entwurf einer Anweisung zur chemischen Untersuchung des Weines; die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1893—94; der Entwurf von Vorschriften zur Abänderung der Bestimmungen über die Einziehung der für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge und der Entwurf von Bestimmungen über die Herstellung einer Kontursstatistik. Bezüglich der Vorlage vom 2. Oktober d. J., betreffend die Zollbehandlung der Verschnitt-Weine und Moste wurde von den Beschlüssen der Ausschüsse, die (gemäß dem in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusse) bereits in Kraft gesetzt worden sind, Kenntniß genommen.

Eisenbahnbau und Einquartierung. Eine interessante Mittheilung macht die „Meiße Zeitung.“ Darnach haben die Gemeinden Deutsch-Wette und Winsdorf im Kreise Meiße seit dem 15. September d. J. 125 Mann vom Eisenbahnregiment zu bequartieren. Warum? Man höre die „Meiße Zeitung“, welche schreibt:

Der Bauunternehmer Rathsch aus Breslau hat den Bau der Bahn von Großkühnendorf nach Deutsch-Wette übernommen. Herr Rathsch hat sich behufs Fertigstellung der Bahn zur festgesetzten Frist an die zuständige militärische Behörde gewendet und erzielt, daß ein Kommando von 125 Mann vom Eisenbahnregiment in Berlin mit der Fertigstellung der Bahn beauftragt wurde. Wie oben gesagt, sind diese Mannschaften seit dem 15. September in Deutsch-Wette und Winsdorf einquartiert und zwar ohne Verpflegung. Die Gemeinden erhalten nur das Servis. So sehr es selbstverständlich erscheint, daß zur Zeit des Wanders die Gemeinden

die Last der Einquartierung zu tragen haben, so muß man sich doch ebenso sehr wundern, daß den Gemeinden aus einem solchen Anlaß diese Last einen Monat ohne weitere Entschädigung als die oben angegebene auferlegt wird. Es wird die Fertigstellung der Bahn Groß-Punggenbors-Deutsch-Wette durch das Eisenbahn-Regiment seitens der militärischen Behörde als eine Übung angesehen, Dagegen läßt sich am Ende nichts einwenden. Indessen steht doch fest, daß neben diesem militärischen Interesse auch ein sehr erhebliches Interesse des Bauunternehmers vorliegt, und in dieser Beziehung ist doch wohl die Frage am Platze, weshalb Herr Ratsch nicht angehalten worden ist, für das Unterkommen der Mannschaften zu sorgen. Der Militärbehörde kann nicht zugemutet werden, daß sie in diesem Punkte Opfer bringe. Dagegen dürfte es zweifellos sein, daß der Unternehmer heranzuziehen ist. Der Fall ist sehr dazu angethan, der öffentlichen Besprechung unterbreitet zu werden, und das soll hiermit geschehen.

Der öffentlichen Besprechung ist der Fall allerdings werth, und zwar auch aus folgender Erwägung heraus: Man klagt so viel über Arbeitslosigkeit, schlechten Verdienst u. s. w., warum hat der Bauunternehmer aus Breslau sich nicht so eingerichtet, daß er den Bau der Bahn mit zivilen Arbeitern, ohne Zuhilfenahme militärischer, von den Steuerzahlern unterhaltener Arbeitskräfte, hat fristgemäß durchführen können? Liegen unüberwindliche Hindernisse („höhere Gewalt“) vor, so ist er wegen der nicht rechtzeitigen Fertigstellung der Bahn entschuldigt, ist das aber nicht der Fall, so darf er sich nicht wundern, wenn die „Meiss. Ztg.“ von ihm, als dem Unternehmer des Baues, der als solcher den Gewinn daraus zieht, verlangt, daß er die Lasten auf sich nehme, die jetzt den beiden Gemeinden auferlegt werden, ganz unabhängig davon, ob die Militärbehörde die Thätigkeit der Soldaten als eine militärische Übung anzusehen in der Lage ist oder nicht. Die letztere Ansicht machte ja die Behörde ebenfalls geltend, als die Pionire im Sachsenwald bei dem „Heros des Jahrhunderts“ das Holz fällten, welches vom Sturm beschädigt war. Ge-glaubt hat es ihr aber niemand.

„Es lebe der Reserve-Offizier!“ Die preussische Eisenbahnverwaltung in künftiger „in mäßigem Umfange“ auch Civilsupernumerare in etatmäßige Stellen des Stationsdienstes einrücken lassen, die bisher ausschließlich den Militärämtern vorbehalten waren. Grund ist „ein dringendes Bedürfnis“, also wohl der Drang der Noth. Damit aber der Militarismus mit seinem Klassenmaßstab nicht zu kurz komme, verlangt man von den Betroffenen, daß sie als einjährig-Freiwillige ihrer Militärpflicht genügt haben. Unter sonst gleichen Verhältnissen sind vorzugsweise solche Beamte zu berücksichtigen, die die Befähigung zum Reserve-Offizier besitzen. Wirklich ein köstlicher Maßstab zur Beurtheilung von Eisenbahnbeamten. Ist Herr Thielen nicht in seinen alten Tagen auch gelegentlich Vicefeldwebel geworden?

Welch ungeberdiger Junge der Nationalliberalismus, der jetzt Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie verlangt, in seinen Flegeljahren war, geht aus einer Rede hervor, welche der bayerische Landtagsabgeordnete Crämer von Doos in einer liberalen Versammlung in der goldenen Traube in Augsburg in den sechziger Jahren gehalten hat. Während derselben rief der Herr Abgeordnete mit Stentorstimme in den Saal hinein: „Wir müssen den Ultramontanen die Schädel einschlagen und ihnen das Messer an die Kehle setzen!“ — Wenn heute die Sozialdemokraten eine solche Sprache führten, so wäre das der unwiderleglichste Beweis für die Nothwendigkeit eines Ausnahmegeetzes. Aber damals galt es für die liberale Bourgeoisie, die ultramontane Herrschaft zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen. Nun das gelungen ist, sucht sie ihren Besitzstand zu behaupten, indem sie mit denselben Polizeimitteln gegen die anstürmende Sozialdemokratie kämpft, die einst der Ultramontanismus gegen sie anwandte. Das wird natürlich ebenso wenig verhüten, daß auch ihre Herrschaft gestürzt und die Sozialdemokratie ihr lachender Erbe wird.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung in Berlin haben folgenden Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen: 1) Vom 1. April u. f. an für alle von den städtischen Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen; 2) von demselben Termin an die mit der Ausführung städtischer Arbeiten beauftragten Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, für die zu diesem Zweck beschäftigten Arbeiter ihrer Betriebe eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen.

An Wechselstempelsteuern wurden im September 647 994,50 Mk. vereinnahmt, vom 1. April bis Ende September 4 045 756,25 Mk. gegen 4 058 149,90 Mk. im Vorjahr.

Spizel Hamm. Ein in Berlin und London bekannter Spizel, Richard Hamm, ist in Budapest mit der Gründung eines anarchistischen Blattes beschäftigt. Die erforderlichen Geldmittel scheinen, der ungarischen „Volkstimme“ zufolge, gesichert zu sein. Werden die Anarchisten vertrauensselig genug sein, das Blatt zu unterstützen?

Die Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld hat den Antrag des sozialdemokratischen Volksvereins, die Stadt in Wahlbezirke für die Gemeindevahl einzuteilen und das Wahlrecht auf die Bürger mit 650—900 Mk. Einkommen auszudehnen, abgelehnt. Natürlich!

Eine schwere Schädigung der deutschen Korfindustrie, die bereits unter dem spanischen Ausfuhrzoll zu leiden hat, planen, nach der „Leipz. Volksztg.“, die portugiesischen Korfindustriellen, die zum Schutze ihrer Interessen einen Ausfuhrzoll auf Korholz verlangen. Auf einer anfangs dieses Monats in Lissabon abgehaltenen Besprechung forderte sie, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet,

holz von 20 Proz. vom Werth erhoben werde, der am 1. Jan. 1896 auf 40 Proz. erhöht werden soll. Die Korholz erzeugenden Länder — neben Spanien, Frankreich und Italien — sollen zu einer Konferenz hierüber zusammentreten, wie man auch Handel und Landwirtschaft zur Unterstützung dieses Verlangens aufforderte. Wenn auch diese Wünsche sich nicht erfüllen sollten, so zeigen sie doch, wie nothwendig der rasche Abschluß eines deutsch-portugiesischen Handelsvertrages ist. In der Kor-Industrie sind bei Hungerlöhnen Tausende armer Heim-arbeiter, so z. B. in Delmenhorst bei Bremen, auf dem Thüringer Walde z. beschäftigt.

Die Ausfuhr von deutschem Zucker betrug im September 1893: 112 338 Doppelcentner, im September 1894: 258 608 Doppelcentner. Der starke Ueberschuß der diesjährigen Ausfuhr erklärt sich aus den Ankäufen des nordamerikanischen Zuckerrings.

Unsere Nationalliberalen sind doch zu prächtige Leute. Hier in Lübeck haben die Delegirten zum Parteitag sich selbst gewählt, so eine Art Diktatur im Kleinen. Neuerdings plaudert wieder im „Frank. Journal“ ein erzürntes Gemüth aus der Schule. Folgendes Lamento über den großartig ver- oder zerlaufenen Parteitag wird nämlich losgelassen:

„Die Delegirten mußten es sich ruhig gefallen lassen, daß ihnen die umfangreiche Tagesordnung mit den verschiedensten Verhandlungsgegenständen schon beim Betreten des Sitzungssaales großmüthig in die Hand gedrückt wurde! Sie mußten es sich gefallen lassen, daß die schlauen Berliner Entrepreneur gleich beim ersten Punkte einen Dauerredner schlußmüthig Sorte herausstellten, der die Delegirten mit albekanntem Geschichtchen abpeiste, als seien sie Schulkinder, die die Hände falten müssen und Bravo rufen, wenn der Lehrer aufs Pult klopft. Und er klopft nicht selten, der geehrte Herr Festredner! Hätten diese guten Leute und schlechten Musikanten acht Tage früher die Tonart angegeben, aus der sie zu pfeifen gedachten, der Tag von Frankfurt hätte ihnen ein Licht darüber angezündet, daß die Partei im Lande und die Berliner Mehrheit des Centralvorstandes zwei verschiedene Dinge sind. Dieser Mehrheit ist die geplante Ueberrumpelung für diesmal noch gelungen, weil man sich in Bezug auf die Wahl der Mittel eine recht zweckdienliche Bewegungsfreiheit gewahrt hatte. Wir in Süddeutschland und am Rhein aber haben ein gutes Gedächtniß und ein gutes Gefühl für persönliche Unabhängigkeit dazu, das sich vor dem schnöbderigen Berlinerthum auf die Dauer nicht beugt. Und wir wollen mit den Ergebnissen des Frankfurter Parteitages noch zufrieden sein, wenn er dazu beiträgt, die Provinzen mobil zu machen und gegen die Sommerpolitik in Berlin, die auch einmal eine politische „Action“ einleiten wollten, für die ihnen die Partei als brauchbare Handhabe gerade gut genug war, und die schließlich den genialen Einfall bekamen, Nachts um die zwölfte Stunde auszu-plantandern, wo das ganze Unternehmen hinaus wollte!“

Unter dem „genialen Einfall“ ist die Hammacher'sche Proklamirung Benningsens zum künftigen Reichsretter zu verstehen, die den Eingeweihten so fatal war, daß sie sich zuerst aufs Ableugnen legten. Und jetzt erfährt die Welt auch noch, daß es nicht der Wein war, der Herrn Hammacher so reden ließ, sondern das volle Herz, das nicht bei sich zu behalten vermochte, „wo das ganze Unternehmen hinaus wollte“. Was wird nun aus den Rückzugskanonaden der nationalliberalen Blätter werden?

Alter Kurs — neuer Kurs. Vom 28. Oktober 1878 bis 28. Oktober 1888 verhängte der Klassenstaat über zielbewußte Proletarier 611 Jahre 6 Monate 23 Tage Strafhaft und 119 Jahre 5 Monate 13 Tage Unter-suchungshaft, zusammen also 831 Jahre 6 Tage Freiheitsentziehung. Nach dem Bericht des Parteivorstandes auf dem Hallenser Parteitag belief sich das Gesamtmaß der unter den 12 Jahren Ausnahmegezetzer anerkannten Freiheitsstrafen auf 1000 Jahre, pro Jahr also durchschnittlich auf über 87 Jahre. Unter dem „milden“ neuen Kurs züchtigte die Klassenjustiz die Gegner der kapitalistischen Gesellschaft mit

1890/91:	18,262 Mt. Geldstr.
87 J. 6 M. 28 T. Freisstr.	
1891/92:	117 J. 26 T. Freis-Entz.,
36 J. 10 M. — T. Zuchth.	20 532,10 M. Str.
1892/93:	
63 J. 7 M. 26 T. Gefäng.	86 J. 8 M. 26 T. Freis-Entz.,
23 J. 1 M. — T. Zuchth.	31 937,80 M. Str.
Gesamtsumme der Freiheitsstrafen 291 J. 4 M. 20 T.	
Gesamtsumme der Geldstrafen 70 732,20 M.	

Auf den Jahresdurchschnitt fallen also hier etwas über 93 Jahre Freiheitsstrafen. Wie man sieht, thut die Klassenjustiz auch auf Grund des „gemeinen Rechts“ ihre Schuldigkeit. Und das Proletariat? Es gab 1878: 437,158 sozialdemokratische Stimmen ab, 1890: 1,427,323; 1893: 1,786,738. Das deutsche Proletariat pfeift auf den neuen Kurs, wie es auf den alten Kurs gepfiffen hat.

Ueber die Geheimmittel-Industrie im Erzgebirge hat auf Veranlassung der sächsischen Regierung die Handelskammer in Plauen im letzten Sommer Ermittlungen angestellt. Wie die Kammer berichtet, hat sich der Handel mit Kräutern im Erzgebirge von Alters her bis jetzt erhalten. Durch das von Erwachsenen und Kindern betriebene Einsammeln der Kräuter wird der Unterhalt vieler Arbeiterfamilien wesentlich unterstützt. Auch die Herstellung und der Verkauf von Kräuterpflastern hat sich, wie es scheint, noch aus der Zeit des privilegierten Labaranten-thums, in einzelnen Orten des Erzgebirges, so in Bockau, erhalten. Seit Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung ist jedoch die Geheimmittel-Industrie im Erzgebirge zurückgegangen, da die Gewährung der Arzt- und Apothekerkosten die früher vielfach angewendeten „Kräuter-auffäge“ in breiten Bevölkerungsschichten verdrängt. Der Volksglaube hat auch hier der Wissenschaft weichen müssen. Die weite Verbreitung des Naturheilverfahrens hat die Geheimmittel-Industrie im Erzgebirge ebenfalls erheblich

Schweiz.

Wegen Soldatenschänderei ist der Bataillonskommandeur des Urner Bataillons 87 von der Front weg in Arrest gesteckt worden. Das Bataillon war in unglaublicher Weise überangestrengt worden. Vom Mittwoch auf Donnerstag war das Bataillon 87 über zwanzig Stunden unterwegs; die Leute fielen in den Reihen nieder vor Müdigkeit und Schlaf. Nach der „N. Zür. Ztg.“ soll ein großer Theil der Mannschaften während drei Tagen strengster Übungen im Gebirge, wo Schnee gefallen war und grimme Kälte herrschte, kaum Zeit gefunden haben, 3—4 Stunden im Ganzen zu schlafen. Die Folgen davon sind vielfache, sogar gefährliche Krankheiten. Nur mit Mühe konnten die Mannschaften von Ausschreitungen zurückgehalten werden. Der Leiter dieses Marsches, Major Gertsch, wurde sofort zu einer anderen Division versetzt. — Bei uns im lieben Deutschland würden event. in diesem Falle die „Gemeinen“ bestraft, weil sie gewagt haben, um-zufallen.

Italien.

Der internationale Kongreß für Arbeitsunfälle und soziale Fürsorge hat folgende Beschlüsse gefaßt: „1. Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß, behufs Verwirklichung der Verhütung von Arbeitsunfällen und der Gesundheit der Werkstätten, die öffentlichen Gewalten die Entwicklung der für diese Zwecke durch Privatinitiative geschaffenen Einrichtungen begünstige und daß der Staat seine Bemühungen mit denen der freien Genossenschaften vereinige. 2. Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die Gesellschaften, welche in verschiedenen Ländern gegründet wurden, um Arbeitsunfälle zu verhüten, ihre Thätigkeit auch auf Landarbeiter ausdehnen möchten. 3. Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß in den verschiedenen Ländern soziale Museen errichtet werden, welche das Publikum mit den Akten und Mustern der neuen Spezialversicherung und der Unfallverhütung bekannt machen. 4. Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die Aufmerksamkeit der Regierungen und der Versicherungsanstalten auf die Milderung der Unglücksfälle sich richte, d. h. auf die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die Folgen von Verletzungen zu verhüten. 5. Was die Entschädigung für Unfälle betrifft, so hat der Kongreß an der Resolution, die in Bern gefaßt worden ist, nichts zu ändern und hält an derselben fest. 6. Der Kongreß spricht den Wunsch aus: a) daß eine jährliche vollständige Statistik aufgestellt werde über die Umstände und Folgen der Unfälle, vor allem vom Gesichtspunkte der Beschaffenheit der Verletzung und der Dauer der Arbeitsunfähigkeit; b) daß diese Statistik auf die Berufskrankheiten ausgedehnt werde, und c) daß die verschiedenen Länder zu dieser Statistik das vom kaiserlich deutschen Versicherungsamt ausgearbeitete Schema benütze, das vom ständigen Komitee des Kongresses angenommen und in seinen Berichten veröffentlicht worden ist.“

Frankreich.

Einem Kriegsminister, wie er einzig dasteht, besitzt Frankreich. Derselbe hat zu wenig Geld gefordert, so daß die Kammer ihm eine Mehrsumme aufdrängen muß! Die „Vossische Ztg.“ berichtet darüber:

Paris, 11. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Kammer ereignete sich die eigentümliche Begebenheit, daß der Ausschuß dem Kriegsminister vorwarf, zu wenig Geld zu verlangen. Der Kriegsminister sieht für 1895 den Unterhalt von 505 000 Mann vor. Der Berichtslatter des Ausschusses, Jules Roche, zeigte jedoch, daß 540 000 Mann unter den Fahnen sein müssen, damit jede Compagnie 125 Mann stark sei und 20 000 Mann zur Verstärkung der Grenzregimenter verfügbar seien. Er forderte dringend, daß der Mannschafstand um 31 000 Mann vermehrt werde. Der Kriegsminister Mercier erklärte, daß dies dreizehn Millionen mehr kosten würde, die 1895 nicht aufzubringen seien. Für das Jahr 1895 versprach er jedoch die Wünsche des Ausschusses zu berücksichtigen. In derselben Sitzung stellte der Ausschuß 200 000 Franken zur Verleihenmachung von Hauptleuten zweiter Klasse in den Vorkurs ein, die der Kriegsminister nicht verlangt hatte.

Von Afrika kann sich jetzt begraben lassen.

England.

Sozialpolitisches von der Post. Es ist weit gekommen mit dem Postwesen! Nicht nur, daß über die Zahlen der in diesem Departement beschäftigten Beamten genaue Aufschlüsse Jahr für Jahr gegeben werden müssen, getrennt nach Geschlecht und Beschäftigungsart, man veröffentlicht sogar einen Bericht über deren Gesundheitsverhältnisse und der Mortalitätsziffer! so schreibt die „Verl. Volksztg.“ Leider ist diese Publikation nicht in Deutschland, sondern in England erfolgt. Wir entnehmen einem in der „Labour Gazette“ veröffentlichten Auszuge folgende bezeichnende Ziffern, die sich auf das Jahr 1893 beziehen: Die Gesamtzahl der angestellten regelmäßigen Beamten betrug am 31. März dieses Jahres 74,819, d. h. 2863 mehr als im Vorjahre. Unter ihnen befanden sich nicht weniger als 10,908 weiblichen Geschlechts; davon 1180 in den Hauptpostämtern zu London, Edinburgh und Dublin. Abgesehen von diesen ständig angestellten wurden 61,000 Personen, darunter 17,000 weiblichen Geschlechts, „im Nebenamt“ im Postdienst beschäftigt. Bezüglich der Gesundheitsverhältnisse stellt der Bericht fest, daß die durchschnittliche Dienstversäumniß krankheits-halber 8,6 Tage für die männlichen und 15,3 für die weiblichen Beamten betrug. Das ist ein recht ungünstiges Resultat der weiblichen Arbeit im Postdienst. In denselben müssen hier lokale Ursachen einwirken, denen der weibliche Organismus nicht gewachsen ist. Denn während bei den männlichen Postbeamten die Krankheitsrate so gut wie gar nicht schwankt, betrug sie für die weiblichen

den Nebenämtern daselbst 15,2, in der Provinz dagegen nur 9,8 in Schottland 11,1, dagegen in Irland nicht weniger als 24,6 Tage. Abstellung der Ueberbürdung wird daher wohl eine Herabdrückung der Krankheitsstage erzielen. Die durchschnittlichen Todesfälle bei den Postbeamten betragen 4,5 pCt. Es sind die gleichen bei beiden Geschlechtern und an sich nicht hoch zu nennen. Wie steht es bei den deutschen Postbeamten, auf die das Licht der hygienischen Statistik noch nicht gefallen ist?

Lübeck und Umgegend.

15. Oktober.

Mein Herr Eugen! Der Ritter Bagard des Freisinnigen berührt in seiner engsinnigen Zeitung auch unser neues Lübeckisches Steuerbouquet und führt sich dabei gemüthigt, folgende Bemerkung anzuknüpfen: „Unter den Nationalliberalen Lübecks scheint Herr Miquel Schule zu machen“. O Herr Richter, nicht allein unsere Nationalliberalen, sondern auch Ihre Parteigrößen haben das famose Steuerbouquet ertüffelt. So ist z. B. der Reichstagsabgeordnete Dr. Görz einer der Hauptmacher in der Kommission gewesen. Herr Richter wird sich allerdings damit entschuldigen, daß Dr. Görz im Reichstage zur „Freisinnigen Vereinigung“ gehört. Es gehört das so zur Richter'schen Kampfesweise. Nur hat der große Held des Freisinnigen dann außer Acht gelassen, daß Dr. Görz Mitglied des Vereins der hiesigen freisinnigen Volkspartei ist. Herrn Richter mag diese Doppelnatur unseres Reichstagsabgeordneten zwar unangenehm berühren, jedoch ist er nicht im Stande, dieselbe abzuleugnen. Nun Herr Richter, was sagen Sie dazu?

Eintragung in das Handelsregister. Am 13. Oktober 1894 ist eingetragen auf Blatt 1410 bei der Firma G. Thörenberg: Gustav Christian August Thörenberg hat aufgehört Inhaber der Firma zu sein. Zeigiger Inhaber: Johannes Friedrich Christian Alvert, Kaufmann in Lübeck.

Gerichtliches. Sehr häufig kommt es vor, daß Leute in Straffachen oder Privatklagen, welche als sog. Schutzzeugen von der Partei, dem Angeeschuldigten bzw. deren Verteidiger im Auftrage der Beschuldigten direkt durch einen Gerichtsvollzieher geladen werden, die ihnen zustehenden Zeugnisse nicht erhalten bzw. große Laufereien haben, bis sie dieselben bekommen. Wir machen daher auf den § 219, Abs. 2, der Strafprozessordnung aufmerksam, welcher lautet: „Eine unmittlbar (d. i. eine von der Partei, einem Beschuldigten bzw. Verteidiger) geladene Person ist nur dann zum Erscheinen verpflichtet, wenn ihr bei der Ladung die gesetzliche Entschädigung für Reisekosten und Verköstigung baar dargeboten oder deren Hinterlegung bei dem Gerichtsschreiber nachgewiesen wird.“

Bewegung der Bevölkerung. Im Monat September 1894 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung statt: Es wurden 170 Kinder geboren, davon waren 159 ehelich, 11 unehelich, 165 lebend geboren, (94 männlich, 71 weiblich), 5 todtgeboren, (3 männlich, 2 weiblich, davon 1 unehelich). Die Anzahl der Gestorbenen (todtgeborene eingeschlossen) betrug 83 (43 männlich, 40 weiblich). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 23 (darunter 1 unehelich Geborene), 1 bis 5 Jahren 12, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 6, von 30 bis 40 Jahren 3, von 40 bis 50 Jahren 6, von 50 bis 60 Jahren 7, von 60 bis 70 Jahren 8, von 70 bis 80 Jahren 9, von 80 bis 90 Jahren 4, über 90 Jahren 1. — Es starben an: Angeborene Lebensschwäche 8, Abzehrung 2, Altersschwäche 5, Blutvergiftung 2, Bräune 1, Bredurchfall 1, Brust- und allgemeine Wasserucht 1, Darm- und Bauchfellentzündung 1, Darmkatarrh 3, Diphtheritis 2, Gehirnentzündung 5, Gehirnerweichung 1, Gehirnschlagfluß 2, Gelenkentzündung 1, Herzfehler 3, Keuchhusten 4, Krämpfe 2, Krebschaden 4, Lungenkatarrh (chronischer) 1, Lungen- und Luftröhrentzündung 6, Lungenlähmung 1, Lungenüberfülle (Schwindhust) 5, Magenleiden 1, Malaria und Mitheln 1, Nierentzündung 1, Poden 1, Ruhr 1, Scharlach 1, Typhus (gastrointestinaler und Nervenleiden) 1, Verletzungen 1, Wochenbettfieber 1, übrigen Krankheiten 20, Selbstmord 2, Unglücksfall 1, unbekannt Krankheiten 3.

Nachahnungswert ist das Vorgehen der Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt in Hannover, welches bezweckt, diejenigen über 70 Jahre alten Personen, die bis jetzt einen Antrag auf Gewährung der Altersrente nicht gestellt haben, darauf aufmerksam zu machen und ihnen event. dabei behilflich zu sein. Zu diesem Zwecke sollen zunächst Erhebungen darüber angestellt werden, weshalb die betreffenden Personen bis jetzt einen Antrag auf Gewährung der Altersrente nicht gestellt haben. Sollte es sich im einzelnen Falle als wahrscheinlich herausstellen, daß der Versicherte einen begründeten Anspruch auf Altersrente geltend machen kann, so wird der Vorstand das weiter Erforderliche in dieser Richtung veranlassen, insbesondere auch den Versicherten bei Stellung des Antrages durch den Kontrolbeamten unterstützen lassen. Der Vorstand hofft auf diese Weise zu erreichen, daß alle Versicherten die den gesetzlichen Voraussetzungen zur Erlangung der Altersrente genügt haben, auch wirklich in den Genuß der Rente kommen. Was sagt unsere Anstalt dazu?

Grundstücksverkauf. Durch Vermittelung des Maklers Johs. Fischhorn wurde das Grundstück Hügelstraße Nr. 27 von Herrn Max Dhrst an Herrn A. A. W. P. Jaasch verkauft.

Stadttheater. Ein hoher Genuß steht den morgigen Theaterbesuchern dadurch in Aussicht, daß in der „Fledermaus“, die zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums von Joh. Strauß gegeben wird, unsere ersten Opernkräfte auf-

dramatische Sängerin, als Rosalinde, Frä. Wehl als Ubele, Herr Brach als Alfred, Herr Wunschmann als Dr. Blind auftreten.

Für die auswärtigen Theaterbesucher hat die Direktion des Stadttheaters mit der Bahnverwaltung ein Abkommen dahin getroffen, daß in der Richtung nach Travemünde einige Sonderzüge, welche dem Publikum den Besuch des Theaters ermüßigen sollen, angelegt werden.

Ein größeres Unglück hätte sich Sonnabend Vormittag sehr leicht an der Sandsteintreppe am Rathhause ereignen können. Bekanntlich ist die Planke immer noch nicht entfernt. Am genannten Tage ging nun eine Frau, die vom Markte kam, neben der Planke her, als ein Straßenbahnwagen vom Mühlenthor herkam. Der Wagenführer löstete zwar rechtzeitig, jedoch bekam die Frau einen solchen Schrecken, daß sie anstatt seitwärts oder vorwärts zu schreiten, zurück wollte. In diesem Augenblick kam aber auch schon der Wagen heran, erfaßte die Frau und schleuderte sie vorwärts. Mit geringen Verletzungen ist die Frau davongekommen. Hoffentlich sehen sich die Behörden jetzt veranlaßt, wenigstens die Planke zu entfernen. In den Brunnen ist das Kind schon gefallen, mögen sie zusehen, daß es nicht erst ertrinkt!

Volkerversammlungen. Am Sonnabend fanden im Waisenhof und auf dem Neulauerhof zwei Volkerversammlungen statt, die sich mit dem neuesten Steuerbudget beschäftigten. Während in der ersten der Genosse Bartels das Referat übernommen hatte, sprach in der Versammlung im Neulauerhof Genosse Friedrich. Jede der beiden Versammlungen war von ca. 200 Personen besucht. In Anbetracht des schlechten Wetters ist der Besuch also noch gut zu nennen. Der um $\frac{1}{2}$ Uhr fallende Regen hat viele abgehalten. Im Neulauerhof wurde einstimmig die gleiche Resolution angenommen wie am Donnerstag Abend in den Centralhallen.

Bericht der Versammlung in den Centralhallen. (Schluß.) Bei der Einkommensteuer soll ebenfalls ein Aufschlag erfolgen; es ist dies die gerechteste Art der Ausbringung der Mittel. Nur können wir uns nicht mit der Ausbringung von 2000 Mk. befremden. Wir fordern vielmehr, daß der Aufschlag erst von 5000 Mk. an beginne. Der Aufschlag, der dadurch entsteht, kann aus den größeren und größten Einkommen geschlagen werden. Das Großkapital hat ja den größten wenn nicht den alleinigen Nutzen von dem Kanal, mag es auch zu den Kosten etwas mehr beitragen. Ebenso können wir uns auch mit der Erbschaftsteuer einverstanden erklären, nur ist uns auch diese noch nicht hoch genug, auch sie muß nach der Höhe der Erbschaft progressiv gestaltet werden. Es kommt uns die Vertheilung der Erbschaften gegen die sich sogar der „Vaterländische Verein“ erklärt, aber das brauchen wir nicht so ernst zu nehmen, etwas Sanftmuth muß doch auch von dieser Seite geschlagen werden. Wir alle werden doch wohl nicht glauben, daß der Kaufmann oder der Geschäftsmann die Steuern zahlt. Gewiß zahlt er sie, aber er wird sie auf seine Waaren aufschlagen und wer muß dann diese Steuern zahlen? Der Konsument. Auch die Hundsteuer soll erhöht werden, wir sind gegen dieselbe. Will man die Hundsteuer erhöhen, mag man diejenigen treffen, welche sich Luxus Hunde halten können. Der Arbeiter, der den Hund zu seiner Erziehung halten muß, wird schon durch die jetzige Steuer genügend getroffen. Auch gegen die Erhöhung der Vermögenssteuer müssen wir uns erklären, weil das Vermögen schon so wie so hoch genug besteuert ist. Dem Arbeiter, der so wie so wenig Gelegenheit hat, ein Vermögen zu erwerben, soll dieses dadurch noch mehr vermindert werden. Vordringlich ist die Kommission auch gewesen für den Fall, daß alle diese Quellen verlagern. Sie hat noch die Möglichkeit der Einführung einer Verbrauchssteuer angedeutet. Vorzuschlagen hat sie dieselbe nicht gewagt, weil hier jedenfalls doch die „schwächeren Schichten“ zu sehr in Frage kämen. Als letzte Quelle hat man endlich die Lotterie vorgeschlagen. Man will die Lotterie, die man vor circa 50 Jahren aufgehoben hat, wieder einführen. Der Spielstapel, der bei uns in Deutschland noch sehr vorherrschend ist, soll auch hier noch genährt werden. Die Lotterie ist weiter nichts als ein Appell an die Dummheit und hauptsächlich der Arbeiter wird durch sie getroffen. Der Reiche spielt nicht, er legt sein Geld sicher an. Die Lotterie stachelt die schlimmsten Eigenschaften des Menschen an. Außerdem wird gerade bei den Lotterien der größte Schaden getrieben. In Bremen ergab zum Beispiel dieselbe im Jahre 1892 einen Reingewinn von 6,000,000 Mk. bei 190,000 Loosen. Wir sehen, daß hier der Staat noch ein ganz gutes Geschäft machen kann. Wir verdammen jedoch die Lotterie und finden bei der Verurteilung noch manchen bewährten Nationalökonom, der der gleichen Ansicht wie wir ist. — Der Kanal soll nun einmal gebaut werden; nun gut, wir wollen nicht dagegen sein, wir wollen sagen, er muß gebaut werden. Wenn man uns aber zu den Kosten heranziehen will, so müssen wir gegen die Art der Heranziehung ganz energisch Protest einlegen. Sie alle werden mit mir darin übereinkommen, daß, wenn der Kanal gebaut wird, auch diejenigen bezahllen müssen, welche den Nutzen aus ihm ziehen.reicher Beifall befolgte den Redner für seinen Vortrag. Genosse Friedrich spricht sich in demselben Sinne, wie der Genosse Bartels aus und empfiehlt die von ihm gestellte Resolution zur Annahme. Es spricht sich dann noch ein Herr Ulrich über die Vergütung der Stadtarbeiten aus. Es habe damals bei der neuen Gasanstalt Boden bewegt werden sollen. Auch er habe sich zur Uebernahme der Arbeit gemeldet. Ihm sei jedoch gesagt, daß die Arbeit nur an Unternehmern vergeben werde, die in Besitze von Eisenbahnen seien. Natürlich ist er deshalb um die Arbeit gekommen. Genosse Karl Meyer erinnert daran, daß seinerzeit als die Schulden um Erhöhung ihres Gehaltes gebeten hätten, hauptsächlich Dr. Görz in der Bürgerschaft diese Forderung bekämpft hätten. Später bei der Reichstagswahl hätten allerdings die Lehrer wieder Dr. Görz gewählt. Durch die Einrichtung von sechsklassigen Schulen würden eine ganze Menge Lehrer brotlos werden. Wenn man sparen wolle, dann möge man bei dem Gehalt der Senatoren anfangen. Die Zahl der Polizeibeamten sei eben so wie die der Zollbeamten ganz erheblich erhöht. Jetzt bei der großen Arbeitslosigkeit müsse auch hier wenigstens bei den letzteren Arbeitsmangel sein. Auch Genosse Peuß spricht sich über die Fürsorge, welchen der Arbeiter von Seiten der Besitzenden zu erwarten habe, aus. Im Schlußwort erinnert Genosse Bartels daran, daß es höchste Zeit werde, daß auch wir in der Bürgerschaft vertreten werden. Wir müßten endlich ein Paar Rechte in den Karpfenteich setzen. Es sei gut, wenn wir schon jetzt mit der Agitation beginnen. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Resolution, welche wir schon mittheilten. Um $\frac{1}{2}$ Uhr wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen. — In der in der Sonnabend-Dr. mitgetheilten Resolution hat sich ein Druckfehler eingeschlichen; die Endzeile muß heißen: und die Erbschaftsteuer auch fassenweise steigend nach dem Ertrag gestaltet wird.

Gestohlen wurde dem Maschinenverein eine Dampf-

schiff ein Portemantoir mit 33 Mk. und eine Metallbüchse.

Strassammer. Sitzung vom 13. Oktober. Der Tischler N. aus Oberfelde i. S. wurde vom Schöffengericht wegen Betrugs und verbotswidriger Rückkehr zu fünf Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt. Gegen die Ueberweisung hatte N. Berufung eingelegt, die aber im Hinblick auf die zahlreichen Vorstrafen verworfen wird.

Gewerbegericht. Sitzung vom 12. Oktober. Vorsitzender Senator Dr. Kling, Beisitzer Arbeitgeber Erasmi, Arbeitnehmer Rod. Der Malergeselle K. klagt gegen den Malermeister M., bei welchem er gearbeitet hat, auf Zahlung eines rückständigen Lohnes von 45,08 Mark. Der Meister führt an, daß der Geselle seine Arbeit vernachlässigt und auch noch einen anderen Gesellen dazu verleiht hat. Die Forderung giebt er zu, will jedoch den Lohn nicht zahlen, weil der Geselle nicht fleißig genug gearbeitet habe. Das Gewerbegericht verurtheilt den Angeklagten zur Zahlung der 45,08 Mark innerhalb 3 Tagen und den Kosten des Verfahrens im Betrage von 1 Mark. Der Schmiedemeister S. hat dem Former V. und dem Schlosser G. am 12. resp. 11. September Arbeit versprochen. Ja, er hat sie sogar verschiedene Male zu sich kommen lassen, stets jedoch hat S. den Beginn der Arbeit verzögert. Die beiden Arbeiter klagen nunmehr auf Entschädigung von 3,20 Mark pro Tag. Der Beklagte hat sich damit entschuldigt, daß er über Hand sei. Dies wird jedoch von dem Kläger R. bestritten. Derselbe behauptet, daß S. gesagt habe, er wolle nun heute gerade mal nicht kommen. Diese Aeußerung sollen die bei S. beschäftigten Leute bezeugen. Die Kläger behaupten, daß S. sie angestellt und für die Kost auf der Herberge gut gesagt habe. Die Behauptung betreffs des Gut-sagens für die Kost wird von dem Wirth Bräunmann, in dessen Wirthschaft das Guttagen erfolgte, und von einem Tischler, der dort zugegen war, bezeugt. Von den drei bei S. beschäftigten Arbeitern bezeugt, daß S. die beiden Kläger verschiedene Male zur Arbeit bestellt hat, und sie dann, wenn sie draußen waren, wieder vertröstete. Auf die Frage, wie er sich über die Vorladung ausgesprochen habe, bezeugen die drei letzten Zeugen das Gleiche. Die Verhandlung wird, da S. nicht erschienen ist, bis zum nächsten Freitag ausgesetzt. In der Sache V. gegen den Fuhrwerkbesitzer Fr. werden die zwei von V. vorgeschlagenen Zeugen vernommen, dieselben wollen sich jedoch des Vorfalls nicht mehr erinnern. Sch. behauptet, er habe V. nicht verlassen. Er habe nur zu ihm gesagt, er könne die Wohnung räumen und V. sei damit einverstanden gewesen. Sch. behauptet ferner, daß der Kontrakt nur auf die Wohnung Bezug habe. Seine Kutscher seien alle ohne gegenseitige Kündigung engagirt. Das Gericht bezieht jedoch die im Kontrakt vorgesehene Kündigung nicht auf K., da dessen Ehefrau an Stelle der Wittbe die Arbeit zu verrichten, die Stuben der Kutscher zu reinigen hat. Auf einen Vergleich läßt V. sich nicht ein. Sch. erklärt sich bereit, 50 Mark zu zahlen; der noch zu fordernde Lohn beträgt 32,96 Mark. Das Gewerbegericht kann V. nur für die Zeit, wo er außer Beschäftigung war, eine Entschädigung zubilligen. Es beschließt, den Kläger V. über seine Aussagen betreffs der Entlastung zu verurtheilen. Sch. ist jedoch ohne die Verurteilung zufrieden. Das Urtheil lautet: Sch. hat außer dem rückständigen Lohn von 32,96 Mark für 3 Wochen eine Lohnentschädigung von 30 Mark und eine Quartalsmiete von 40 Mark, im Summa 102,96 Mark zu zahlen. Hierzu kommen noch 10 Mark Gerichtsosten.

Groß-Schretflaten. Am Sonntag den 14. Oktober fand hier eine öffentliche Volkerversammlung mit der Tagesordnung „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages und die Sozialdemokratie“, statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Theodor Bartels, derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in einer $1\frac{1}{2}$ stündigen Rede. Die Versammlung, welche sehr gut besucht war, belohnte die Ausführung des Referenten mit reichem Beifall. Da dieses Thema schon wiederholt an dieser Stelle erörtert ist, verzichten wir, über dasselbe weiter zu berichten. Erwähnen wollen wir noch, daß die Versammlung einen guten Eindruck machte, und der Wunsch von den Versammlungsbesuchern geäußert wurde, recht bald wieder eine Versammlung abzuhalten.

Mitona. Unter dem Verdacht des Hochverraths und anarchistischer Umtriebe wurde ein im Nordtheil der Stadt wohnender Arbeiter nach stattgehabtem gerichtlichen Verhör in Untersuchungshaft genommen. Die Untersuchung scheint recht geheim geführt werden zu sollen.

Bremervahren. Die Hoffnungen auf Behebung der Schifffahrt nach Annahme des amerikanischen Zolltarifs haben sich bisher nicht erfüllt, die Schiffsbewegung in den Bremischen Häfen hat vielmehr einen weiteren Rückgang erfahren. Es sind im Monat September 131 Seeschiffe mit 72,935 Tonnen Gehalt angekommen gegen 122 Seeschiffe mit 84,485 Tonnen Gehalt im Monat September 1893. Bis ult. September sind in Bremischen Häfen 1087 Seeschiffe mit 815,731 Tonnen Gehalt gegen 1172 mit 853,175 Tonnen im Jahre 1893 angekommen. Wenn im Monat September bei einer Verringerung der Tonnenzahl sich eine Zunahme der Schiffszahl ergibt, so ist das auf den vermehrten Verkehr der von hier ausgehenden Fischdampfer zurückzuführen. Mit dem Rückgang des Schiffsverkehrs Hand in Hand geht der Rückgang der Auswanderung. Im Monat September sind über Bremen 4928 Auswanderer befördert gegen 8775 im entsprechenden Monat des Vorjahres und ins-gesammt im Jahre 1894 bis ult. September 33,614 gegen 92,768 im Vorjahre. Anzeichen einer Besserung haben sich bisher nicht ergeben, und es ist auch wohl kaum von dem Frühjahr eine Besserung zu erwarten.

Ueber den Stand des Hiltfrower Streiks geht der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein längerer Bericht zu, dem wir Folgendes entnehmen:

Der Stand des Streiks der Holz- und Metallarbeiter hierorts ist noch immer unverändert, d. h. er liegt für die Streikenden, trotz der achtwöchigen Dauer, noch gerade im günstigsten ersten Lage. Die Fabrik kommt aus den Verlegenheiten nicht heraus, und wenn sie geklagt haben mag, dieselben werden durch das Gewinnen von Streikbrechern behoben sein, so hat sie sich gerade durch diese unabweisbare neue bereit. Der Fabrik waren nur die leistungsunfähigen Arbeiter verblieben; zu Fall haben sich nun, wie bei solchen Gelegenheiten immer der Fall Leute gestellt, die den Abgang der Arbeiterschaft größerer Städte bilden. Sie haben mit organisirten, denkfähigen Arbeitern nur das Eine gemein, daß sie ebenfalls leben wollen und dazu Geld bedürfen. Danach besteht der Vortheil, den die Fabrik bisher errungen haben will, in dem Nachtheil an ihren Gehältern. Der Betrieb, Maschinen und Beamte, kosten genau das Gleiche, wie wenn voll gearbeitet würde; die Streikbrecher kosten

sogar noch mehr wie die früheren Arbeiter, denn sie verstehen es ausgezeichnet, ihre Stellung auszunutzen. Das Jemand mit 50, 30 und 20 Mk. Voranschuss anrückt, ist bisher nichts Seltenes gewesen. Borige Woche lachte die Fabrikleitung die Thatsache zu verbreiten, daß sie schon 30 Waggons geliefert hätte und auch die Arbeiter zur Lübecker Viehmarkthalle fertiggestellt seien. Wir haben trotz größter Mühe nicht mehr wie 19 gelieferte Waggons gezählt, die noch dazu sammt und sonders vor dem Streik schon in Arbeit waren. Und die Lübecker Viehmarkthalle steht schon seit dem 15. Sept., den Lübecker Einwohnern zum Gespött, indem sie immer noch der Eisenkonstruktion ermanget. Die ganzen erfundenen Behauptungen der Fabrik, ihre wiederholte Abgabe von den Streikenden, sind für diese ganz bedeutungslos. Die einzige bedeutungsvolle Frage ist: Wie lange lassen sich die Aktionäre diese Wirklichkeit noch gefallen? Und in dieser Beziehung lauten die Gerüchte, als ob der Herr Direktor im Schilde hätte, unwilliger Weise von uns Abschied zu nehmen. Kollegen, sorgt dafür, daß es inzwischen der Fabrik nicht gelingt, tüchtige Arbeiter zu gewinnen. Nachschrift: Ein neuer Streik. Soeben verlassen 15 Streikbrecher die Fabrik wegen zu geringen Verdienstes.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der Bierboykott dauert fort. Die Einigungsversuche sind gescheitert. Die Brauereidirektoren forderten, daß von den am 16. Mai entlassenen Brauereiarbeitern 38 nicht wieder eingestellt werden sollen. Das Boykott-Komitee erklärte diese Forderung für unannehmbar.

Lemberg. In Galizien ist die Cholera wieder in bedenklicher Zunahme begriffen.

Vermischtes.

Was für merkwürdige Zumuthungen doch zuweilen an Zeitungsredaktionen gestellt werden. Der Redaktion der Rhein.-Westf. Arb.-Ztg. ging ein Inserat zu, welches eine Haarkräusel-Essenz, ein Haarfärbemittel etc. empfiehlt. Demselben lag folgendes, aus Altona datirte gedruckte Schreiben bei: „Geehrter Herr Redakteur! Ich erlaube mir höflichst um gefl. umgehende Nachricht, ob Sie beiliegende Annonce „Haar- und Bartwuchs“ etc.“ 13 mal, laut Erscheinungsweise alle 14 Tage 1 mal aufnehmen und mir alle 13 Belegblätter regelmäßig zusenden wollen. Ich offerire Ihnen dafür den Kriminalroman „Das Räthsel einer Nacht“ zum Abdruck für Ihr Blatt und für prompte Einendung aller 13 Belege Stoff zu einem Hauskleid in Wolle. Das Gliche liefere ich. Nochmals um gefl.

umgehende Nachricht ersuchend, zeichne Hochachtungsvoll Marie Romany.“

Zum Duellblödsinn. Die „Posener Zeitung“ meldet aus Wollstein, daß letzte Woche im Weicher Wäldchen ein Pistolenduell zwischen dem Premier-Lieutenant der Reserve Rademacher, welcher sich am Wollsteiner Landrathsamt als Kommissarius ausbildet, und dem Reservelieutenant Rechtsanwalt Ziehe aus Wollstein stattgefunden hat. Ziehe wurde durch einen Schuß in den linken Lungenflügel tödtlich verletzt. Die Ursache des Zweikampfes soll ein heftiger Wortwechsel beim Kartenspiel gewesen sein.

Mannheim. Die dritte Strafkammer des Landgerichts verurtheilte den 61 Jahre alten Waffenschlichter und Gemeinderath Martin Weyel von Biegelhausen wegen mehreren Sittlichkeitsverbrechen an Kindern zu 1 Jahr Gefängniß und 3jährigem Ehrverlust.

Zu Zug ist der wegen Raubmordes 1882 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte Josef Schicker von Blickeinstorf, nachdem er bereits zwölf Jahre im Zuchthaus zugebracht hat, in Wiederaufnahme des Verfahrens vom Obergericht freigesprochen worden. Es bedurfte jahrelanger und energischer Anstrengungen, um die Verurtheilte, die sich um diesen Prozeß gewoben hatten, zu beseitigen, schreibt das „Zuger Volksblatt“. Die neuen Erhebungen enthielten keineswegs sehr gewichtige Entlastungsmomente für Schicker, allein die vielfachen Zweifel gegen dessen Schuld, die schon bei der Verurtheilung und seither immer mehr sich geltend machten, mochten das Jhrige dazu beitragen, um das Gericht zur Bewilligung der Revision zu bestimmen.

Ausgerückt ist nach einer Meldung aus Frankreich der Kassirer einer französischen Bank, nachdem er 140 000 Mk. unterschlagen hat. Auf die Ergreifung des Desfrudenten ist eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt.

Nach dem Genuß von Schierling, der statt der Petersilie der Suppe beigelegt worden war, sind in Anvin bei Arras zwei Personen gestorben. Mehrere andere, die von dem Gericht genossen haben, sind gefährlich erkrankt.

Dr. William Moon, der Erfinder des nach seinem Namen benannten Systems der Schriftzeichen für die Blinden, ist im Alter von 75 Jahren in Brighton gestorben. Dr. Moon war selbst blind. Sein System ist

ist jetzt für 476 Sprachen und Dialekte angewandt worden.

Spitzhube! Ein Bauer hat einen Advokaten, einen Injurienprozeß anzunehmen. Der Advokat weigert sich mit den Worten: „Ich schene die Injurienprozesse wie den Tod; es ist unnützer Zeitvertrieb. Wenn ich alle die hätte verklagen wollen, die mich einen Spitzhuben genannt haben, so —“ „Ja, mit Ihnen ist das ein anderes Ding!“ fiel der Bauer ein. „Unserer aber darf es doch nicht leiden!“

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Sonntag, den 14. Oktober.
5.— u. B. D. Livadia, Bendfeldt, von Kolbing in 21 Stb.
6,40 u. B. D. Alice Krohn, Tretat, von Newcastle in 4 Tg.
7.— u. B. Maria Amalie, Engel, von Wismar in 1 Tg.
7,45 u. B. D. Henriette Schlichter, Bingel, von Newcastle in 4 Tg.
8,30 u. B. D. Orion, Larson, von Kopenhagen in 18 Stb.
8,30 u. B. Drei Gebrüder, Dittmer, von Hohenwacht in 1 Tg.
8,40 u. B. Friederike Elise, Noxst, von Rindshöping in 5 Tg.
12,30 u. B. D. Dana, Johansen, von Stockholm in 54 Stb.

Montag, den 15. Oktober.
5.— u. B. D. Rajaden, Hülten, von Kopenhagen in 13 Stb.
7.— u. B. Johanna Christine, Burmeister von Großenbrode in 2 Tg.
7.— u. B. Lyeushaas, Nielson, von Nyborg in 1 Tg.
8.— u. B. D. Vineta, Tiedemann, von Königsberg in 40 Stb.

Abgegangen:
Sonntag, den 14. Oktober.
7,15 u. B. D. Hansa, Stephan, nach Vibau.
7,45 u. B. Suomi, Holsten, nach Klinto.
8,30 u. B. D. Helig, Schulz, nach St. Petersburg.
8,30 u. B. Preciosa, Fied, nach Wismar.
8,45 u. B. D. Elbe, Essers, nach St. Petersburg.
8,50 u. B. D. Kant, Wulff, nach Königsberg.
10,55 u. B. D. Linnea, Nyberg, nach Hangö.
12.— u. B. D. Orpheus, Weise, nach Königsberg.
3,10 u. B. D. Burg, Johansen, nach Königsberg.
3,15 u. B. D. Dora, Bremer, nach Memel.
6,05 u. B. D. Palmstadt, Lundin, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,42 m. NW., lebhaft.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Nava ist am 12. d. M. von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Storfursten ist am 13. d. M. von Helsingfors auf hier abgegangen.
D. Strahburg ist am 13. d. M. von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Smatra ist am 13. d. M. von Skofa auf hier abgegangen.
D. Stadt Lübeck ist am 13. d. M. von Memel auf hier abgegangen.
D. Behr Bräse ist am 13. d. M. von Hangö auf hier abgegangen.

Keine nasse Füße!

Wasserdichte Stiefelschmiere.
Ferd. Kayser, Drogen und Farben, Breitenstrasse 81.

Die Dampf-Caffeebrennerei

von **C. Stechmann,** 16 Krähenstrasse 16

empfiehlt ihren **Korn-Caffee** fabricirt vom besten Getreide, frei von allen schädlichen Substanzen, wohlnehmend als Zusatz zum wirklichen Caffee und von vielen ärztlichen Autoritäten als allein zu trinkendes, wirklich nahrhaftes und gesundes Getränk vielfach empfohlen.

Zu haben in fast allen Colonialwaaren-Geschäften.

Das photographische Atelier „Nanon“

Lübeck, Klingenberg 8/9,
liefert die besten, billigsten, garantirt haltbarsten Photographien.
Preise: 1 Duzend Visit 5,50 Mk.
1 - Cabinet 15,00 -
Das Atelier ist auch an Sonn- und Festtagen bis Abends 7 Uhr geöffnet.

M. Reinhard's Hauswirthschafts-Bücher

2 Bände in Querfolio.
Giegtant gebunden Mk. 2.—, Einzeln à Mk. 1,25. Nach auswärt. incl. Porto Mk. 2,40.

Die Hauswirthschaftsbücher bestehen aus a) Hauptbuch (für den Mann), b) Haushaltungsbuch (für die Frau). Sie verbinden mit ihrer praktischen Eintheilung, der leichten, mühelosen Durchführungsart die Anforderung der ökonomisch-wissenschaftlichen Wissenschaft.

Mit Hilfe der Hauswirthschaftsbücher ist die Aufstellung von rationalen Haushalts-Budgets, die Beschaffung eines brauchbaren statistischen Materials über die Lebenshaltung des Volkes, woran es noch immer fehlt, möglich gemacht worden.

Jeder Arbeiter-Familie sei die Anschaffung der Bücher empfohlen.
Auch Junggeheilen können das Hauptbuch allein mit Vortheil benutzen, ebenso Wirthschafterinnen und Hausfrauen das Haushaltungsbuch.

Bestellungen auf Reinhard's Hauswirthschafts-Bücher werden in der Expedition des „Lübecker Volksboten“ entgegengenommen.

Zur Beachtung!

Der Verlag obiger Bücher giebt jedem Käufer derselben, wenn sie ein Jahr geführt sind, für leihweise Ueberlassung des Budgets ein entsprechendes Honorar, bittet aber Jedem, der hierzu bereit ist, um Mittheilung der Adresse, behufs Ueberendung weiterer Gebrauchsanweisung, wie sie speciell die Statistiker erfordert.

Zu verkaufen ein junger schwarzer Spitzhund.
W. Lemcke, Weberstraße.

Stoffers Gasthof

Depenau 27 Lübeck Depenau 27.

Mein in allen Theilen neu durchgebautes und decorirtes mit neuen Betten und Mobilien versehenes

Gast- und Logirhaus

bringe ich hiermit in empfehlende Erinnerung.

Club-Zimmer für Vereine.

Logis und Mittagessen für junge Leute.

Aufmerksame Bedienung bei billigsten Preisen zusichernd, bitte um gütige Unterstützung.

F. Stoffers.

Engros-Lager

von Tabak u. Cigarren (Specialität: Shag-Tabake) der alt renomirten Firma **Heinr. Knauer & Co. in Dittenen,** vormals **Nicolaus Mehlhop,** gegründet 1748, bei **Stengel & Dose, Lübeck,** Postenstraße 10.

Im Verlage von **J. H. W. Dietz** in Stuttgart erscheint:

Geschichte des Socialismus

in Einzel-Darstellungen.

Der erste Band:
Die Vorläufer des neueren Socialismus
redigirt von
E. Bernstein und K. Kautsky
ist in Heften à 20 Pf. durch uns zu beziehen. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.
Die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“.

Säng-Berein „Vorwärts“

General-Versammlung

am Sonnabend den 20. Oktober,

Abends 9 Uhr,

im Lokale des Herrn F. Leecke,

Leberstraße.

Tages-Ordnung.

1. Abrechnung.
2. Wahlen.
3. Besprechung betreffs Weihnachtsfest.

Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 16. Oktober.
17. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Gelb. Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

Zur Feier des 50 jähr. Jubiläums von Johann Strauss.

Die Fledermaus.

Mittwoch: **Bajazzo, Niobe.**
(18. Abonnements-Vorstellung.)

Ein heißbares Zimmer zu vermieten.

Weicherstraße 13, part.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. and. gewerblicher Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag den 18. Oktober,

Abends 8 1/2 Uhr,

in den Central-Hallen, Dankwartsgrube.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Verschiedene Klassen-Angelegenheiten.

Die Ordungsverwaltung.

NB. Die Mitgliedsbücher legitimiren.

Gute gelbstochende Magnum bonum

empfiehlt

F. Behrens, Mariesgrube 35.

Gefunden ein goldener Trauring, gez.

H. Kruse, 1. Juni 77. Abzulöf.

gegen Zusertionskosten bei

H. Pahl, Brüderstraße 8 a.

Zu verkaufen zwei massive Hängeleisen à 20 Pf.

Moislinger Allee 40, 2.

Zu vermieten zum 1. Januar eine Wohnung bestehend aus einer Stube und Küche, an eine alleinstehende Frau. Preis 80 Mk. Pflanzstr. 2.

Fahrplan der Eisenbahn-Züge.

Gültig vom 1. October 1894.

Lübeck-Hamburg.

Von Lübeck: 6,56. 8,15. (10,20 von Ahrensburg) 10,45. 1,05. 4,00. 6,57. 7,55. (9,40 von Ahrensburg) 9,15. 10,30.

Von Hamburg: 7,30. 8,45. (9,20 nur bis Ahrensburg) 10,25. (12,05 nur bis Döbesloe) 1,45. 3,40. 5,40. 6,33. (8,45 nur bis Ahrensburg) 9,45. 11,20.

Von Döbesloe nach Lübeck: 8,35. 9,30. 11,27. 2,48. 4,28. 6,36. 7,39. 10,51. 12,09.

Lübeck-Büchen.

Von Lübeck: 8,24. 10,47. 1,32. 4,27. 8,27.

Von Büchen: 6,36. 8,54. 12,30. 3,00. 7,06. 9,55.

Von Rageburg nach Lübeck: 7,09. 9,55. 1,04. 3,51. 7,43. 10,30.

Von Wöhl nach Lübeck: 6,57. 9,34. 12,53. 3,33. 7,31. 10,17.

Lübeck-Travemünde.

Von Lübeck: 7,55. 10,40. 2,00. 5,00. 8,30.

Von Travemünde: 6,20. 9,03. 12,00. 3,05. 6,55.

Lübeck-Eutin.

Von Lübeck: 7,40. 10,02. 2,45. 6,00. 9,00.

Von Eutin: 6,00. 9,07. 12,05. 4,15. 7,27.

Ahrensboed-Gieschendorf.

Von Ahrensboed: 7,40. 8,55. 10,10. 2,50. 4,05. 7,15. 9,00.

Von Gieschendorf: 8,20. 9,35. 11,00. 3,35. 6,45. 8,00. 9,50.

Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn.

Von Lübeck nach Kleinen: 7,38. 10,05. 12,15.

5,15. 8,30.

Von Kleinen nach Lübeck: 8,57. 11,12. 2,02.

6,44. 11,00.

Anträge zum Parteitag.

(Fortsetzung.)
Presse.

Central-Organ.

Parteigenossen des 1. Berliner und des Teltow-Breslauer Reichstags-Wahlkreises: „Der Parteitag wolle beschließen, das Abonnement des „Vorwärts“ auf 1 Mt. zu ermäßigen.“

Parteigenosse C. L. in Zwettlitz: „Das Programm der sozialdemokratischen Partei soll täglich an der Spitze des „Vorwärts“ veröffentlicht werden.“

Parteigenosse Scheidemann in Marburg: „Der Parteitag möge beschließen, daß unser Wochenblatt „Der Sozialdemokrat“ mit Rücksicht auf die bessere Möglichkeit des Sammelns und Nachschlagens vom 1. Januar 1895 ab in handlicherem Format (z. B. wie die „Neue Zeit“ oder auch in Quart, gespalten) erscheint.“

Parteigenosse in Essen: „Dem „Sozialdemokrat“ einen mehr populären, zur besseren Agitation geeigneten Charakter zu geben.“

Unterhaltungsliteratur.

Parteigenossen in Rudolfsstadt: Die Parteileitung hat für die Herausgabe einer Zeitschrift Sorge zu tragen. Dieselbe soll ungefähr in Form der „Neuen Welt“ gegen einen geringen Extrabeitrag als wöchentliche Beilage der Parteiblätter erscheinen, jedoch auch als selbstständiges Blatt gehalten werden können. Der Preis ist so billig als möglich zu stellen. Der Inhalt soll zur Hälfte aus populären naturwissenschaftlichen Aufsätzen und zur anderen Hälfte aus leichtverständlichen Abhandlungen über praktisches Lehr- und Erziehungsweisen bestehen. Ueberhaupt soll sie dazu dienen, wirkliche Volksbildung unter der arbeitenden Bevölkerung fördern und ausbreiten zu helfen.

Korrespondanz-Bureau.

Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Depeschen-Bureau durch die Partei einrichten zu lassen, welches alle wichtigeren Nachrichten, insbesondere solche, welche die Ereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung betreffen, den gesammelten Parteiblättern entweder gratis oder doch für einen möglichst niedrig gehaltenen Betrag übermittelt.

Kalender.

Parteigenossen in Gießen: Einen Kalender herauszugeben für die Landbevölkerung zum Preise von 30 Pfg.

Parteigenossen in Hanau: Eine billige Ausgabe eines Kalenders zum Preise von 10 Pfg. mit Rücksicht auf die Landbevölkerung herauszugeben.

Vom Parteivorstand, Berlin: Der Parteitag wolle beschließen: Der Preis des „Neue Welt-Kalender“ beträgt 40 Pfg.

Flugblätter.

Parteigenossen des Wahlkreises Glogau: In Kürze ein Flugblatt herauszugeben, das in gemeinverständlicher Sprache die Begriffe Militarismus und Volkswehr erklärt, zahlenmäßig die Kosten des stehenden Heeres und die Schäden desselben an der Wohlfahrt des Volkes, sowie

die Vorzüge der Volkswehr veranschaulicht und endlich neben den scheinbaren Gründen, die die heutigen Regierungen gegen die Einführungen der Volkswehr vorbringen, auch die wahren enthüllt, welche sie nicht offen auszusprechen wagen.

Protokoll.

Genossen in Elberfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, die dem Vorstand oder der Reichstagsfraktion zur Erwägung oder Berücksichtigung überwiesenen Anträge nach Erledigung derselben nebst dem Resultat im nächsten Protokoll zu veröffentlichen.

Broschüren.

Parteigenossen in Duisburg: Zu einem billigen Preise einen Rathgeber in solchen Rechtsstreitigkeiten, in welche die Arbeiter häufiger verwickelt werden (grober Unfug, Beleidigung u. s. w.) herauszugeben und gleichzeitig die wichtigsten, bisher vorliegenden Urtheile berartiger Fälle zu sammeln und mit zu veröffentlichen, um den Arbeitern die meistens sehr hohen Anwaltskosten zu sparen.

Allgemeines.

Parteigenosse H. Pistorius in Braunschweig: Der Parteitag zu Frankfurt a. M. wolle beschließen, daß künftig sämtliche im Dienste der Partei stehenden Presseorgane, die zur Zeit noch in Händen von Privateigenthum sind, Partei-Eigenthum werden.

Parteigenossen in Straßburg i. E.: Dahin zu wirken, daß die elsass-lothringische Partei durch Vermittlung des Parteitages baldmöglichst ein eigenes elsass-lothringisches Partei-Organ erhält, gleichviel ob besagtes Parteiblatt in Elsass-Lothringen oder in Baden erscheint.

Parteigenosse Emil Hauth in Rüllich: Es möge zur Behandlung von Fragen der Erziehung (in physischer, intellektueller und moralischer Hinsicht) ein Organ geschaffen und, entweder wie die „Neue Welt“, dem „Vorwärts“ beigegeben oder aber auch durch niedrigen Abonnementspreis jedem Genossen zugänglich gemacht werden.

Ueber die Anlage dieses Organs, das in volksthümlicher Sprache gehalten sein müßte, entscheidet eine Kommission pädagogisch gebildeter Genossen.

Die Redaktion wird einem mit der pädagogischen Wissenschaft und Praxis vertrauten Genossen übertragen.

Parteigenosse H. Nichtigall in Elberfeld: Dem Parteitag in Frankfurt a. M. diene zur Kenntniß, daß, trotzdem der Parteitag in Berlin die „Solinger Resolution“ angenommen hat, dennoch die „Schwäbische La wacht“ in Nr. 210 vom 9. September 1893 im Inserattheil eine „Einladung“ an die Einwohnerschaft von Stuttgart, durch das „Stadtschultheißen-Amt“ über die Dauer der Anwesenheit Ihrer Majestäten“ zc. „die Gebäude zu beslaggen“ ergehen läßt.

Da dies eine Umgehung des Beschlusses ist, so bitte ich den Parteitag, dies entschieden zu verurtheilen.

Agitation:

Parteigenossen des 1. Sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die sozialdemokratischen Reichs- und Landtags-Abgeordneten sind zu verpflichten, während der Parlaments-

ferien in den politisch noch zurückstehenden Wahlkreisen eine mindestens 14tägige Agitationstour zu unternehmen, für welche die Gesamtpartei resp. der Parteivorstand die Kosten übernimmt.“

Parteigenossen in Wiesbaden: Die Agitationstouren der einzelnen Redner sind in Zukunft auf engere Kreise zu beschränken, damit nicht bloß die größeren Städte, sondern besonders die Landorte, wo uns Säle zur Verfügung stehen und Vortheile für uns zu erringen sind, mehr berücksichtigt werden können. Die Touren und Redner sollen vorher im „Vorwärts“ bekannt gemacht werden, und hat sich jeder Redner mit dem Vertrauensmanne des Bezirks in Verbindung zu setzen. Letzterem müssen von den Genossen des Wahlkreises alle uns zur Verfügung stehenden Säle bekannt gegeben werden.

Parteigenossen in Freiburg i. B.: Der Parteivorstand möge in der Anordnung von Agitationstouren bestrebt sein, solche in den für Versammlungen geeigneteren Jahreszeiten stattfinden zu lassen. Ebenso spricht der Parteitag den Wunsch aus, die Generalkommission der Gewerkschaften möge in ihrer Agitation in gleicher Weise verfahren.

Parteigenossen in Münster i. W. und Neustadt i. Schl.: Der Parteivorstand solle in Zukunft mehr wie bisher die Genossen in solchen Wahlkreisen, welche aus eigenen Mitteln zu schwach sind, unentgeltlich mit Broschüren, Schriften und Versammlungen unterstützen, um eine kräftigere Agitation entfalten zu können.

Parteigenossen in Lahr: Eine thatkräftige und nachhaltige Agitation durch Flugblätter und Redner in Süddeutschland und speziell in Baden auf Kosten der Gesamtpartei zu entfalten. Um diese Thätigkeit wirksamer zu machen und zu ihrer Förderung sollen die Genossen in Baden, Bayern und Württemberg miteinander in Verbindung treten.

Parteigenossen Neuwied: In den Orten, in welchen die Partei bereits selbstständige Organisationen hat, Land-Agitationskomitees einzurichten, welche sich mit den Genossen auf dem Lande in Verbindung setzen und ihnen unentgeltlich Material, als Flugblätter und gefaltene Zeitungen liefern.

Parteigenossen Paul Hoffmann-Hamburg und Heinrich Steiner-Bremerhaven: Die Vertreter der Partei, sowie die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise sind zu beauftragen, für eine wirksame Agitation unter den Seelenten Sorge zu tragen, sowie die Bestrebungen zur Organisation der Seeleute, und die Herbeiführung der Revision der Seemannsordnung durch den Reichstag thatkräftig zu unterstützen.

Parteigenosse H. Boludnik-Bremen: Der Frankfurter Kongress der sozialdemokratischen Partei, resp. die deutsche Sozialdemokratie überhaupt, möge zu der nunmehr chronischen und zunehmenden Arbeitslosigkeit Stellung nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Steinmeyer. Sämtliche an der Herz-Jesu-Kirche in Köln beschäftigten Steinmeyer haben wegen Lohnunterschieden einmüthig die Arbeit niedergelegt. Zugut ist streng fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

finger an die Nase legend und mit einem fürchterlichen Greinen.

„Der Oliver!“ rief Sikes. „Nimm ihn, Bill!“ sagte Nancy. „Ich thät's, wenn ich an Deiner Stelle wäre. Mag sein, daß er nicht so gepiffst und dreist ist, als Einer von den Andern; aber das ist auch nicht nöthig, wenn Du ihn bloß dazu brauchen willst, daß er Dir 'ne Thür aufmacht. Verlaß Dich darauf, er ist petacht, Bill.“

„Ich weiß, daß er's ist,“ fiel Fagin ein. „Er ist in den letzten Wochen geschult gut, und 's ist Zeit, daß er anfängt für sein Brod zu arbeiten; außerdem sind die Andern alle zu groß.“

„Ja, die rechte Größe hat er,“ bemerkte Sikes nachsinnend.

„Und er wird Alles thun, wozu ihr ihn nöthig habt, Bill,“ sagte der Jude. „Er kann nicht anders — nämlich, wenn Ihr ihn nur genug haltet in Furcht und Schrecken.“

„Das könnte geschehen — und nicht bloß zum Spaß. Ist was nicht richtig mit ihm, wenn wir einmal erst am Werk sind — alle Teufel! — so siehst Du ihn gewiß nicht lebendig wieder, Fagin. Bedenk' das, eh' Du ihn schickst.“

Er hatte ein schweres Brecheisen unter dem Bette hervorgezogen und schüttelte es unter drohenden Gebarden.

„Ich habe Alles bedacht“, erwiderte der Jude eifrig. „Ich hab ihn beobachtet, meine Lieben, wie ein Falke die Augen auf ihn gehabt. Laßt ihn nur erst wissen, daß er einer der Unrigen ist; laßt ihn nur erst wissen, daß er gewesen ist ein Dieb, und er ist unser — unser sein Leben lang! Dho! Es hätte nicht besser hätte können kommen!“ Er kreuzte die Arme über die Brust,

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(20. Fortsetzung.)

„Neu Knaben!“ rief der Jude aus. „Ah, dann ist's ein Pameel — wie?“

„Es kann Dir gleichviel sein, was es ist,“ erwiderte Sikes. „Ich brauche 'nen Buben, und er darf nicht groß sein. Wenn mir nur nicht der von Ned, dem Schornsteinfeger, durch die Lappen 'gangen wäre! Er hielt ihn mit Absicht klein und schwächig, und ließ ihn aus für'n Billiges. Aber so geht's der Vater wird gerumpelt (deportiert), und wie der Blitz ist der Verlassene-Kinder-Berein da und nimmt den Jungen aus 'nem Geschäft, darin er Geld hätte verdienen können, lehrt ihn Lesen und Schreiben und der Bube wird dann Lehrling, Gesell, endlich Meister,“ sagte Sikes mit steigendem Born über einen so unrechtmäßigen Verlauf, „und so geht's mit den meisten; und hätten sie immer Geld genug, was sie Gott Lob und Dank nicht haben, so würden wir nach ein paar Jahren keinen einzigen Jungen mehr in dem Geschäft behalten.“

„Ja, ja,“ stimmte der Jude ein, der unterdeß überlegt und nur d. e. letzten Worte gehört hatte. „Bill!“

„Was giebt's?“

Der Jude deutete verflohen auf Nancy hin, die noch immer in das Feuer schaute, und gab Sikes durch Zeichen seinen Wunsch zu erkennen, mit ihm allein gelassen zu werden. Sikes zuckte ungeduldig die Achseln, als wenn er die Vorsicht für überflüssig hielt, forderte indeß Nancy auf, ihm einen Krug Bier zu holen.

„Ihr seid nicht durstig, Bill,“ sagte Nancy mit der vollkommensten Ruhe und schlug die Arme über einander.

„Ich sage Dir, ich bin durstig!“ entgegnete Sikes.

„Dummes Zeug! Fahrt fort, Fagin. Ich weiß, was er sagen will, Bill; ich kann's auch hören.“

Der Jude zögerte, und Sikes sah etwas verwundert bald ihn, bald das Mädchen an.

„Brauchst Dich vor dem alten Mädchen nicht zu scheuen, Fagin,“ sagte er endlich. „Hast sie lange genug gekannt und kannst ihr trauen, oder der Teufel müßte drin sitzen. Sie wird nicht mofern (verrathen); nicht wahr, Nancy?“

„Ich sollt's wohl meinen,“ erwiderte sie, ihren Stuhl an den Tisch schiebend, und den Kopf auf die Ellenbogen stützend.

„Nein, nein, liebes Kind,“ fiel der Jude ein; „ich weiß das sehr wohl; nur —“ Er hielt wieder inne.

„Nun, was denn nur?“ fragte Sikes.

„Ich weiß nur nicht, ob sie nicht vielleicht wieder werden würde unwirksam, mein Lieber, wie vor einigen Abenden,“ erwiderte Fagin.

Bei diesem Geständnisse brach Nancy in ein lautes Gelächter aus, stürzte ein Glas Branntwein hinunter, erklärte unter mehrfachen zarten Beteuerungen, daß sie Alles hören könne, wolle und werde, und so standhaft, muthvoll und treu sei, wie Eine oder Einer. — „Fagin,“ sagte sie lachend, „spricht nur ohne Umschweife zu Bill von Oliver!“

„Ah! Du bist ein so gewitztes Mädchen, wie ich je eins gesehen,“ versicherte der Jude, und klopfte sie auf die Wange. „Ja, ich wollte wirklich sprechen von Oliver; ha, ha, ha!“

„Was hast Du von ihm zu sagen?“ fragte Sikes.

„Daß er der Knabe ist, den Ihr braucht, mein Lieber,“ erwiderte der Jude in einem heisern Flüstern, den Zeige-

Siebenundzwanzig Mandate werden für die nächstjährigen Landtagswahlen im Königreich Sachsen frei. Von den Ausschreitenden gehören an: den Konservativen 14, den Nationalliberalen 3, den Freisinnigen 5 und den Sozialdemokraten ebenfalls 5. Die Letzteren vertheilen sich wie folgt: 2. städtischer Wahlkreis Leipzig — Lithograph Winkau; 4. städtischer Wahlkreis Chemnitz — Schuhmacher Seifert-Prickler; 16. städtischer Wahlkreis Grimmitzschau-Verden — Schankwirth Goldig-Grimmitzschau; 31. ländlicher Wahlkreis Amtsbezirk Limbach mit einigen zu Chemnitz gehörigen Dörfern — Bäckermeister Otto-Chemnitz; 36. ländlicher Wahlkreis Stollberg — Musikdirector Stolte Meerane.

Folgen des Latifundienbesizes. Als eine seltsame Folge der Großgrundwirtschaft in Italien ist die Auswanderung eines ganzen Dorfes zu verzeichnen. Aus Gemma segelten, wie die „Röm. Bzg.“ berichtet, vor einigen Tagen sämtliche Bewohner des Fleckens Campignano nach Brasilien ab, weil der Grundbesitz, auf dem sie lebten und arbeiteten, einen andern Herrn bekam. Der frühere Besitzer, mit dem die Pächter sehr zufrieden waren, sah sich durch Vermögensverluste zum Verkauf von Grund und Boden getrieben, und ehe sie es mit einem unbekanntem neuen Herrn versuchten, zogen die Campignanesen, 110 an der Zahl, es vor, ihr Glück in der Fremde zu suchen.

Aus Nah und Fern.

Ein Beleidigungsprozeß des früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Woermann gegen den Redakteur des „Echo“ in Hamburg, Gen. Heine, wurde am Mittwoch vor dem Hamburger Schöffengericht verhandelt. Das „Echo“ hatte das Schreiben der Firma Wölber u. Brohm, deren Sklavenhandelsmanipulationen in der Budgetkommission des Reichstags seiner Zeit ausführlich erörtert worden sind, beleuchtet und Woermann vorgeworfen, daß er diesen Sklavenhandel zu seinem Vortheil unterstützt und gewußt hätte, die auf den Woermann'schen Schiffen beförderten Schwarzen seien Sklaven. Den angebotenen Wahrheitsbeweis seitens Heine betrachtete das Gericht natürlich als mißlungen, die Beleidigung aber in hohem Maße als bestehend, es verurtheilte Heine zu zwei Wochen Gefängniß; als strafmildernd gelte der Umstand, daß durch die Mittheilungen im „Echo“ die Firma Wölber, mit der Woermann Gesäfte machte, stark kompromittirt sei. Andererseits findet sich in den Urtheilsgründen als erschwerend der Hinweis auf die hohe Stellung des Privatklägers, der früher Mitglied des Reichstages gewesen sei. — Die letztere Begründung muß einiges Kopfschütteln hervorrufen. Der Privatkläger erklärte, daß seiner Firma und deren Angestellten nur bekannt gewesen sei, daß die zu befördernden Neger freie Arbeiter seien, welche durch Wölber und Brohm von dem König von Dahomey losgekauft waren, um nun als freie Arbeiter freiwillig für die Kongo-Eisenbahn zu arbeiten. Arzt Dr. Henicke zu Leipzig, welcher damals Schiffsarzt auf dem „Professor Woermann“ gewesen ist, hat bezeugt: Als ich am 3. Oktober 1891 von einem Angestellten der Firma Woermann als Schiffsarzt engagirt wurde, schickte mich derselbe zu der Firma Wölber und Brohm mit dem Bemerkten, daß ich dort einen besonderen Auftrag erhalten würde. Herr Brohm sagte mir dann am 6. Oktober, daß ich unterwegs eine Anzahl Arbeiter untersuchen möchte, welche die Firma für die Kongo-Eisenbahn engagirt habe. Ich sollte die Untersuchung aber genau vornehmen, da sie nur gutes Material liefern wollten. Als wir dann nach einmonatlicher Fahrt nach Whyda kamen, wurde ich zu einer Hütte geführt, in der 281 Schwarze knieten. Auf den ersten Blick sah man weiter nichts als geschorene Köpfe. Sämmtliche Schwarze

trugen eiserne Ringe um den Hals, an denen Defen befestigt waren. Durch diese Defen ging eine dicke eiserne Kette, durch die jedesmal ungefähr dreißig bis vierzig Mann mit einander verbunden waren. Ich erfuhr, daß diese Leute Kriegsgefangene des Königs von Dahomey gewesen seien. Kein Mensch dachte daran, daß die Leute freie Arbeiter waren, denn wozu hätten sonst wohl die Ketten dienen sollen. Wenn die Neger sich freiwillig kontraktlich zur Arbeit verpflichtet haben sollen, so kann dies doch nur formell gewesen sein, denn die Leute haben von den Kontrakten durchaus keine Ahnung. Vor der Untersuchung wurden Alle von ihren Ketten befreit, und zwar auf meine Veranlassung. Alle waren halb verhungert, sehr viele so entkräftet, daß sie an Bord gezogen werden mußten, weil sie das Fallreep nicht erklimmen konnten. Ich glaube unbedingt, daß Herr Woermann oder seine Angestellten von dem wahren Sachverhalt gewußt haben. Es erhellt das daraus, daß man mich mit dem oben angeführten an Wölber und Brohm schickte. Woermann meinte darauf, daß auf jedem Dampfer Schwarze befördert würden. Er halte auch das Verfahren der Herren Wölber und Brohm gerade nicht für etwas so Schlimmes, da die Schwarzen dadurch vor dem Opfertode bewahrt seien.

Vom badischen Oberland. Ein schreckliches Drama spielte sich in dem bei Schaffhausen gelegenen badischen Dorfe Büsingeu (Amt Konstanz) ab. Ein verheirateter Schuhmacher Namens Gottlieb Geß hatte mit einem 16jährigen Nachbarmädchen, das zur Aushilfe bei den Hausgeschäften täglich in sein Haus kam, ein Verhältniß begonnen, weshalb es zu Auftritten mit seiner Frau kam. Am Freitag nun, als die Frau Geß sich vom Hause entfernt hatte, um in Schaffhausen im Tagelohn zu arbeiten, brach plötzlich im Hause des Geß Feuer aus. Als man zu Hilfe eilen wollte, fand man alle Zugänge zum Hause verschlossen, und mußte die Thür erbrochen werden. Beim Eintritt ins brennende Haus bot sich ein entsetzlicher Anblick. Das erwähnte Mädchen lag mit gespaltenem Schädel in brennende Kissen eingehüllt auf dem Dachboden, Geß selbst hatte sich am Dachsparren erhängt und war beim Abbrennen des Dachstuhls in die Scheuer heruntergefallen. Ohne Zweifel hat Geß das Mädchen in der Küche ermordet und ihre Leiche auf den Speicher getragen, dann in der Scheune den Brand gelegt und zuletzt sich selbst das Leben genommen. Das Anwesen ist vollständig niedergebrannt.

Die Mittheilung über die Verhaftung des Kassirers Eckermann, welche wir dieser Tage brachten, scheint sich nicht zu bestätigen. Weber aus Kopenhagen noch aus Frankfurt a. M., wo die Nachricht zuerst auftauchte, sind nach dem „H. F.“ nähere Mittheilungen eingelaufen. Es scheint, als ob man dort überhaupt Nichts von dem Gerücht der Verhaftung weiß.

Dr. Palitschek, der von seinem Amte suspendirte kaiserl. und königl. General-Consul in New-York, ist in Wien verhaftet worden. Das Material der Anklagen, die gegen ihn vorliegen, umfaßt, nach der „N. Fr. Pr.“, nicht bloß die Unterschlagung einer Erbschaft und unsaubere Manipulationen bei der Westausstellung in Chicago, sondern auch noch andere Dinge. So hat angeblich Dr. Palitschek als Vorsitzender des Verwaltungsrathes der Deutschen Poliklinik in New-York dem Institut versprochen, er werde den Kaiser für dasselbe interessieren, und hat auch bald darauf mittheilen können, der Kaiser habe der Poliklinik 2000 Gulden zugewiesen, das Geld ist aber niemals eingetroffen. Ob Dr. Palitschek die Spende erfunden oder unterschlagen hat, ist noch nicht aufgeklärt. Palitschek soll dem Herausgeber der N. Y. Staats-Bzg., Herrn Ottenborfer, seine Lage gestanden und ihn um Hilfe gebeten haben, was dieser

verweigerte, und zwar, wie er sich später äußerte, aus folgenden Gründen: Er habe die Lage Palitschek's untersucht und gefunden, daß es sich nicht bloß um Schulden, sondern um das Fehlen von Geldern handle, die Palitschek in amtlicher Eigenschaft erhalten habe. Wären es nur Schulden gewesen, so hätte er ihm gern geholfen; es habe ihm aber unrecht erschienen, derartige amtliche Fehltritte vertuschen zu helfen. In New-York spielte Palitschek eine hervorragende Rolle; nur der österreichisch-ungarische Gesandte in Washington, Hr. Schmidt von Tavera, weigerte sich, mit ihm zu verkehren und trat auch in Chicago nicht neben ihm auf. Dr. Palitschek ist in Prag geboren, 47 Jahre alt und unverheirathet. Er begann seine Laufbahn als Beamter der Prager Handelskammer und wurde dann Sekretär der Brünnener Kammer. In beiden Orten galt er als tüchtiger Beamter und wußte sich auch eine gesellschaftliche Stellung zu eringen. In Folge seiner besonderen Kenntnisse und Leistung wurde er dann auf das Consulat in New-York berufen und kurz darauf zum General-Consul ernannt. Er soll schon seit längerer Zeit in steten finanziellen Verlegenheiten sich befunden haben.

Herr Maye und sein Neufundländer. Aus Brüssel wird der „Freif. Bzg.“ berichtet: Eine unangenehme Geschichte ist unlängst dem bekannten Violinpieler Eugen Maye, Professor am königlichen Conservatorium in Brüssel, passiert. Eugen Maye, der gegenwärtig in Deutschland concertirt, besitzt einen sehr schönen Hund, einen Neufundländer, den er über Alles liebt. So hatte er es nicht über sich bringen können, dem Hunde den polizeilich während der Sommermonate vorgeschriebenen Maulkorb anzulegen, und ihm freien Lauf auf seinem Landgute in Ueete bei Brüssel gelassen. Nun ist aber diese Ortschaft ein beliebter Ausflugsort der Brüsseler Bevölkerung, namentlich an Sonn- und Feiertagen. Dem Neufundländer scheinen die Brüsseler Spießbürger ebenso wenig sympathisch zu sein, wie seinem Meister und Herrn. Und so ereignete es sich denn, daß das Thier sich mehrmals das Vergnügen gestattete, die Schärfe seiner Zähne an den Waden der Spaziergänger zu versuchen. Daher die Klage gegen den Hund bezw. gegen dessen Eigenthümer. Drei- viermal wurde der Künstler vor das Polizeigericht zitiert, aber jedesmal vergebens, da der Künstler es unter seiner Würde hielt, vor dem Richter zu erscheinen. Dieser aber dachte anders, und als das fünfte Mal der Künstler die Zitation unbeantwortet ließ, wurde er zu 500 Francs und einer Haft von 1 Monat verurtheilt. Vor einigen Tagen wurde dem Künstler das Urtheil mitgetheilt. Er machte sich darüber sehr lustig, versicherte, nichts von den Citationen vernommen zu haben, beschwor, er beschäftige sich nur mit seinen Nothen und verstände nichts von solchen Gerichtsakten. Na trüglisch fiel es ihm aber doch ein, der Richter könne böshaft genug sein, die Gefängnißstrafe vollziehen zu lassen, was für ihn sehr schlimme Folgen haben würde. Maye hat nämlich ein Engagement für Nordamerika unterzeichnet, wo er Anfangs November eine Reihe von 40 Concerten zu geben hat. Da entschloß er sich endlich, einen befreundeten Advokaten zu Rathe zu ziehen. Nun wurde appellirt. Der Richter war gutmüthig genug, den Künstler, der jetzt selbst erschien, anzuhören und ihm eine kleine Moralpredigt zu halten. Dieser hörte der launhaare Geiger mit erschütterter Erschütterung zu, worauf denn, auf Besserung schließend, der gute Richter die Gefängnißstrafe aufhob und die Geldstrafe auf 200 Francs ermäßigte. Nichtsdestoweniger wird der Spaß dem Künstler tausend Francs mit den Gerichtskosten, die er natürlich zu tragen hat, kosten. Für einen Neufundländer-Maulkorb ist das doch ein bischen theuer! Nun, die amerikanischen Dollars werden wohl die Sache wieder gut machen.

zog den Kopf zwischen die Schultern, und umarmte sich gleichsam selbst vor Behagen und Freude.

„Unser!“ höhnte Sikes. „Du willst sagen, Dein“.

„Könnte vielleicht sein, mein Lieber“, sagte der Jude fichernd. „Wenn Ihr's so wollt, Will, mein“.

Sikes warf seinem angenehmen Freunde finstergrollende Blicke zu. „Und warum bemüht Du Dich denn so sehr um das Kreidegesicht“, sagte er, „da Du doch weißt, daß jede Nacht fünfzig Buben im Camanon Garden (Conventgarten) schlafen, unter denen Du doch die Wahl hast?“

„Weil ich sie nicht gebrauchen kann, mein Lieber“, erwiderte der Jude ein wenig verwirrt. „Sie sind's nicht werth, daß man's versucht mit ihnen, denn wenn sie in Ungelegenheit gerathen, steht ihnen geschrieben auf der Stirn, was sie sind und haben gethan. Aber mit diesem Knaben, wenn er nur gebraucht wird geschickt, kann ich ausrichten mehr, als mit zwanzig von den andern. Außerdem“, fügte er, wieder in vollkommener Fassung hinzu, „außerdem hat er uns jetzt, wenn er uns wieder entwischen könnte, und muß bleiben mit uns im selben Boot, gleichviel, wie er gekommen ist hinein; ich habe Macht genug über ihn, wenn er nur ein einziges Mal ist gewesen bei 'nem Schranken — mehr brauch' ich nicht. Und wie viel ist das besser, als wenn wir müßten den armen kleinen Knaben über die Seite schaffen, was würde gefährlich sein — und wodurch wir verlieren würden viel!“

Sikes schwelte eine starke Mißbilligung der Menschlichkeitsaffektion Fagin's auf den Lippen, Nancy kam ihm jedoch durch die Frage zuvor, wann denn der Einbruch geschehen solle.

„Ja, Will, ja — wann soll es sein?“ fragte auch der Jude.

„Ich hab's mit Toby auf übermorgen Nacht verabredet“, antwortete Sikes mürrisch, „wenn er's nicht anders von mir hörte.“

„Gut“, sagte der Jude; „es wird doch kein Mondschein sein?“

„Nein“, erwiderte Sikes.

„Ist auch bedacht Alles wegen Fortschaffens der Sechore?“ (Gestohlenes Gut) fragte Fagin.

Sikes nickte.

„Und wegen —“

„Ja, ja, 's ist Alles verabredet“, unterbrach ihn Sikes; „sicher Dich nur nicht weiter drum. Bring' den Buben morgen Abend her. Ich werde 'ne Stunde nach Tagesanbruch auf und davon sein. Und dann halt's Maul und den Schmelzriegel bereit; das ist Alles, was Du zu thun hast.“

Nach einigem Hin- und Herreden, woran alle Drei thätigen Antheil nahmen, wurde beschlossen, daß Nancy am folgenden Abend Oliver herbringen solle. Fagin hielt dafür, daß er Nancy am ersten folgen würde, wenn er etwa abgeneigt wäre. Eben so wurde feierlich verabredet, daß der Knabe zum Zweck der beabsichtigten Unternehmung Sikes unbedingt übergeben werden solle, und zwar so, daß derselbe mit ihm nach Guldünken verfahren dürfe, ohne dem Judru für irgend einen Unfall, der ihn treffen könnte, oder irgend eine Züchtigung verantwortlich zu sein, die sein Beschützer etwa für notwendig erachten möchte; auch sollte der Letztere alle seine Angaben nach seiner Rückkehr durch Toby Crackit's Zeugniß bekräftigen lassen. Sikes bekräftigte vorläufig den edlen Bund und die Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen durch ein Glas Branntwein nach dem andern, was die Wirkung hatte, daß er zuerst lärmte und sodann einschlieff. Der Jude hüllte sich

darauf wieder in seinen Oberrock, sagte Nancy gute Nacht, und faßte sie scharf in das Auge, während sie ihm zur Erwiderung gleichfalls wohl zu schlafen wünschte, und ihre Blicke den feinsten begagneten. Sie waren vollkommen fest und ruhig. Das Mädchen war so treu und verlässlich in der Sache, als Toby Crackit nur selbst sein konnte. Er warf Sikes, unbemerkt von ihr, noch einen Blick des Hasses und der Verachtung zu, und ging, durch die Zähne murrend: „So sind sie Alle. Das Schlimmste an den Weisbildern ist, daß die größte Kleinigkeit aufweckt in ihnen ein längst vergangenes Gefühl — und das Beste, daß es nicht währt lange. Hi, hi, hi! Ich werde 'nen Sack voll Gold auf den Mann gegen das Kind.“

Der Balboberer war aufgeblieben und hatte ungeduldig auf Fagin's Rückkehr gewartet.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Expedition in Berlin SW. Deuth-Strasse 2).

Die Nr. 36 vom 4. Oktober hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die Sozialdemokratie und die Kasernenagitation. — Die „Kreuzzeitung“ und der russische Handelsvertrag. — Die Rechtlosigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter in Preußen. — Die Gewerbebetheiligung in England. — Litterarisches. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt.

Das Landtagswahlprogramm der württembergischen Partei. — Zur Landtagion. (Aus Bosen.) — Die Lage der Bauern in Rußland. — Bilder vom letzten Trade-Union-Kongress. — Wohl bekomme es den geehrten Kurgästen. — Agrarisches. — Industrie. — Gewerblichliches. — Todtenliste.